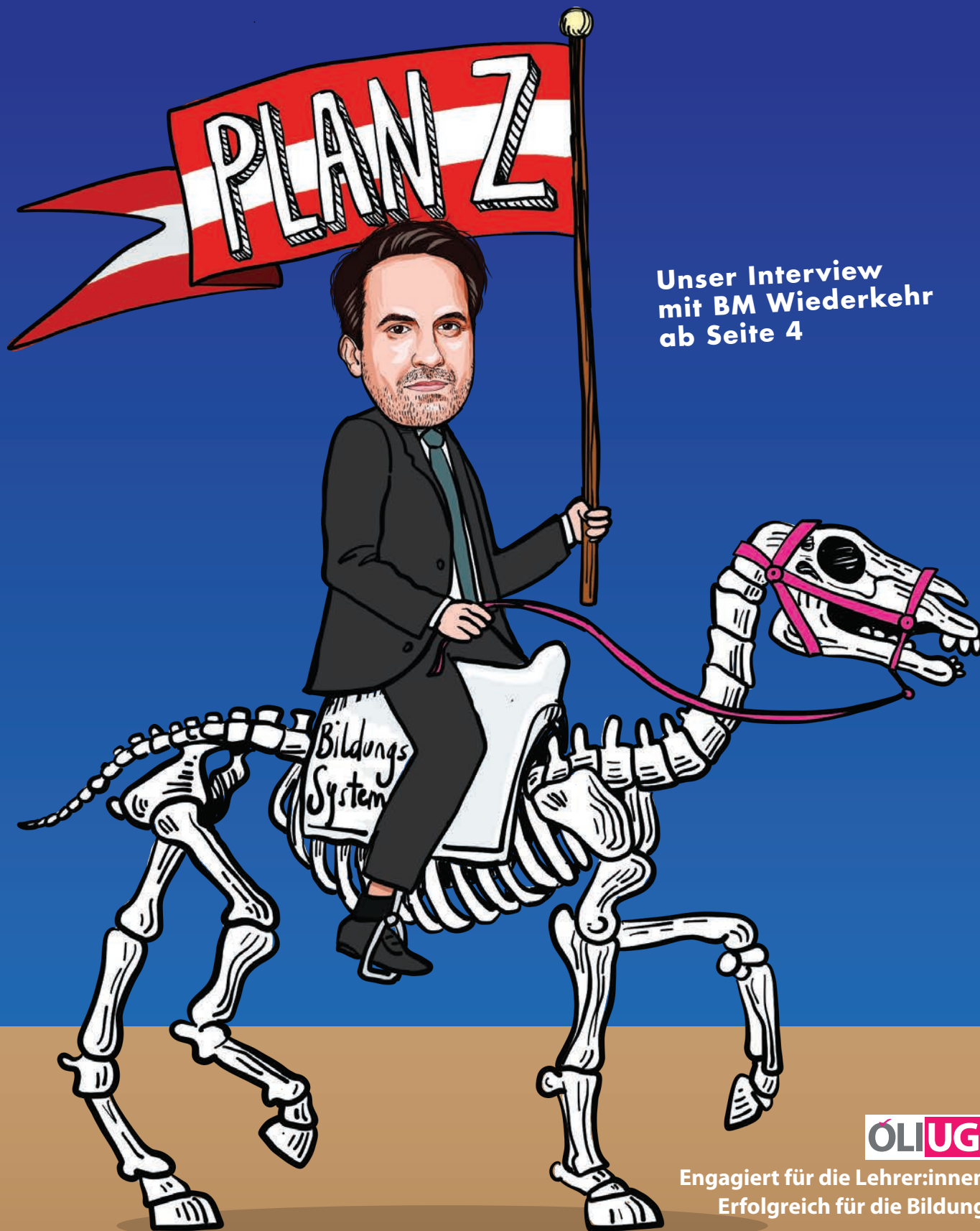


kreidekreis

Die Zeitung der Österreichischen Lehrer:innen-Initiative

ÖLIUG

Nr. 1
März 2026



Unser Interview
mit BM Wiederkehr
ab Seite 4

ÖLIUG

Engagiert für die Lehrer:innen.
Erfolgreich für die Bildung.

Diverse Schulgeschichten

Allgemeinbildung im Que(e)rschnitt

Tina Krapfenbauer



„Sag, wie hast du's mit Latein?“ Ich starre in mein Kaffeehäferl, als läge im Satz die Antwort. Cicero oder ChatGPT? Die Binarität der Debatte erschlägt mich. Ich spüre ein diffuses Unbehagen... und witere die Chance, den Allgemeinbildungsbegriff nach seiner normativen Rahmung zu befragen, ihn zu *queeren*.

Allgemeinbildung ist ein trügerischer Begriff. Er gaukelt uns Vollständigkeit vor und verbirgt Ein- und Ausschlüsse geschickt. Obwohl das *weiße*, bürgerliche, männliche und autonome Bildungssubjekt des 18. Jahrhunderts längst einer diversen Schüler:innenschaft gewichen ist, wirken seine Normen fort. Welches Wissen meinen wir eigentlich, wenn wir von „Allgemeinwissen“ sprechen? Was erwarten wir von Allgemeinbildung? Wenn Bildung auf „das Leben“ und „die Arbeit“ vorbereiten soll, wessen Leben und welche Arbeit sind gemeint?

Kurz: Welches Wissen gilt als neutral, selbstverständlich und wertvoll? Solange Bildung noch in Fächer gespalten wird, lässt sich Unterricht mithilfe von Que(e)rschnittsmaterien queeren: Lateinunterricht, der die ausschließlich männliche Perspektive antiker Texte nicht als Normalzustand durchgehen lässt und ein Informatikunterricht, der deutlich macht, dass Algorithmen niemals neutral sind, sondern Diskriminierung und veraltete Normen technologisch fortschreiben. Aus queerfeministischer Perspektive erwarte ich von Allgemeinbildung, dass sie uns lehrt, wie wir uns in einer digitalisierten Welt radikal analog umeinander kümmern. Aber wo steht das in der Studententafel?

Tina Krapfenbauer ist Lehrperson am BG/BRG Korneuburg

JETZT NEU ERSCHIENEN!

schulheft

Wie wir kämpfen!
Nationale und internationale Perspektiven auf Arbeitskämpfe im Bildungsbereich

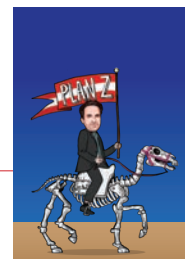
StudienVerlag

Zu bestellen beim Studienverlag: www.studienverlag.at

- #200 – Lehrer:innenkämpfe international
- #201 – Schule-Trauma-Lernen
- #202 – Antisemitismuskritik

Weitere Infos unter www.schulheft.at

Titelbild:
Jutta Reichenpfader



Inhalt

- 2 Allgemeinbildung im Que(e)rschnitt**
Tina Krapfenbauer
- 3 Standpunkt: Sprachenschatz bleibt unverzichtbares Kulturgut**
Astrid Schuchter
- 4-6 Mit Bundesminister Wiederkehr im Gespräch**
- 7 Von einem, der auszog, das Fürchten zu lehren**
Ambros Gruber
- 8 Drastisch – Ein gleichermaßen zufriedener und zorniger Rückblick**
Andreas Chvatal
- 9 GÖD - Berufsschule Steiermark**
Andreas Berghold
- 10 Mit Recht**
Hannes Grünbichler
- 11 Fragen und Antworten**
Katharina Bachmann
- 12 Neuerungen im SCHUG: Die Suspendierungsbegleitung**
Bernhard Lahner
- 13 Eltern werden**
Leo Willitsch
- 13 Unsere Kinder brauchen Unterstützung!**
Willi Prammer
- 14 GÖD – AHS Landestag Tirol**
Astrid Schuchter
- 15 GÖD – Landestag Steiermark**
Hannes Grünbichler
- 16 Offener Brief an Herbert Weiß**
- 17 Bundeslehrer:innentag Linz**
Ambros Gruber
- 18 Interview: Was, wenn das Schrecklichste passiert?**
Astrid Schuchter
- 19 Suspendierung von Landeslehrer:innen**
Christoph Mauracher
- 20 Mauschelei in Rakete**
Andreas Chvatal
- 21 Kunst: Julia Dorninger**
- 22 Leser:innenbriefe**
- 23 Gedanken zum Kopftuchverbot**
Claudia Astner
- 23 Buchrezension: Mirjam Zadoff**
Ambros Gruber
- 24 Online-Termine – Kennst du deine Rechte? & ÖLI Café**

Sprachenschatz bleibt unverzichtbares Kulturgut

Astrid Schuchter



Französisch, Italienisch, Spanisch sind nur einige der Fremdsprachen, die an Österreichs Schulen neben Englisch gelehrt und gelernt werden. Geht es nach Bildungsminister Wiederkehr soll die Stundenzahl der zweiten lebenden Fremdsprachen an den AHS zugunsten von digitaler und demokratischer Bildung gekürzt werden.

Während der Aufschrei beim ebenfalls betroffenen Latein groß ist, bleiben die Reaktionen auf die Einschnitte bei den lebenden Sprachen überschaubar. Katrin Schmiderer und Eva-Maria Hirzinger-Unterrainer von der Universität Innsbruck ist es zu danken, dass sie wissenschaftlich fundiert auf die Kurzsichtigkeit der Kürzungspläne hinweisen. In einem offenen Brief an den Bildungsminister zeigen sie den unbestreitbaren Nutzen von Fremdsprachen auf.

Europa ist ein Kontinent der Mehrsprachigkeit, das europäische Bündnis fußt zu einem großen Teil auf der Bereitschaft zur staatenübergreifenden Verständigung. Deshalb ist es eine Zielvorgabe der EU, ihren Bürger:innen den Zugang zu mehreren Sprachen zusätzlich zu ihrer Erstsprache zu ermöglichen. Und wo findet Spracherwerb statt? In der Schule! Österreich gehört beim Sprachenlernen ohnehin zu den Schlusslichtern in der EU. Können wir uns ein weiteres Abdriften wirklich leisten?

Wirtschaftliche Überlegungen, sonst von höchster Priorität, werden bei den Sprachenkürzungen nicht angestellt. Fundierte Sprachkenntnisse, die über den Selbstlernkurs und den Einsatz von Sprachapps hinausgehen, sind in einer globalisierten Welt unerlässlich

und ermöglichen den Zugang zu weltweiten Märkten. Selbst die Trump'schen Brachialmethoden werden die Bedeutung des Spanischen auf dem amerikanischen Kontinent nicht verringern. In Tirol lernen Schüler:innen beispielsweise Italienisch als zweite Fremdsprache – nicht, um am Gardasee eine Pizza bestellen zu können, sondern als gefragte Qualifikation im Tourismusland Tirol, das immer mehr italienische Gäste beherbergt.

Sprachunterricht findet nie im luftleeren Raum statt, in jeder Sprache steht Kommunikation an erster Stelle. Deshalb sind die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Veränderungen und die eigene Positionierung in Bezug darauf selbstverständliche Themen. Demokratiebildung findet im

Sprachenunterricht statt, wenn genügend Zeit bleibt, die „Basics“ wie Vokabular und Grammatik zu erlernen. Besonders Sprachenfächer sind aufbauend konzipiert, Kürzungen führen unweigerlich zu Kompetenzverlusten.

Da das Schlagwort KI im Moment maximale Aufmerksamkeit garantiert, schwingt BM Wiederkehr die KI-Keule, um Sprachkürzungen zu rechtfertigen. Dass das System Schule auf künstliche Intelligenz unvorbereitet ist, weil Prüfungsformate und Aufgabenstellungen nicht der neuen Realität entsprechen, wird verschwiegen. Anstatt ein Fach einzuführen, von dem keiner weiß, wer es mit welchen Inhalten unterrichten soll, brauchen vor allem Sprachlehrpersonen mehr

Unterstützung, wie mit KI umgegangen werden soll. Stundenkürzungen sind keine Lösung.

Doch bei den Debatten um Nützlichkeit und Wirtschaftlichkeit von Fremdsprachen bleibt ein wesentlicher Aspekt auf der Strecke: Sprachen sind ein kultureller Schatz. Wer Sprachen lernt, öffnet ein Tor zu einer anderen Kultur. Die mehrsprachige Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller weiß: „Jede Sprache sieht die Welt anders (...) In jeder Sprache sitzen andere Augen in den Wörtern“. Unsere Schüler:innen sollen die Gelegenheit bekommen, die Augen in den Wörtern unterschiedlicher Sprachen zu entdecken. Diese Art der Bildung ist und bleibt unsere Zukunft, denn die Fähigkeit, die Welt mit anderen Augen zu sehen, ist eine menschliche, die nicht durch KI ersetzt werden kann.



Illustration: Gerhard Hartl

Mit dem Bundesminister im Gespräch

Neue Fächer für eine von gesellschaftlichen Entwicklungen geforderte Schule – Unser Interview mit Bundesminister Wiederkehr

Das Interview wurde am 16.02.2026 geführt.

kreidekreis: Herr Bundesminister, Sie legen bei Ihren Reformvorhaben ein hohes Tempo vor. Gleichzeitig sind die Budgetmittel knapp. Wie soll die Umsetzung des „Plan Z“ ohne frisches Geld funktionieren? Droht hier nicht eine reine Umverteilung und Mangelverwaltung an den Schulen?

BM Wiederkehr: Die Budgetsituation der Republik sieht tatsächlich sehr schlecht aus, es ist aber gelungen, dass wir mehr Geld für die Bildung zur Verfügung gestellt bekommen haben. Allein im vergangenen Jahr waren das über 100 Mio. Euro zusätzlich für dringend notwendige Projekte – beispielsweise ein Chancenbonus für besonders geforderte Schulen, der mit dem kommenden Schuljahr in Kraft treten wird, oder mehr Geld für Deutschförderung.

Reformen in der Bildung sollen aber nicht nur an mehr Geld gemessen werden. Es gibt auch grundsätzliche Reformen, die nicht unbedingt mehr Geld brauchen, sondern eine Modernisierung des Systems bedeuten.

Andererseits haben wir im vergangenen Jahr 74 Millionen Euro im Bildungsressort einsparen können, vor allem in der Verwaltung, im Ministerium selbst und durch weniger externe Aufträge. Nur zu einem sehr geringen Teil mussten Einsparungen an den Schulen stattfinden, z.B. durch weniger Doppelbesetzungen in Mittelschulen in Kleinstklassen. Über 85 % waren reine Verwaltungseinsparungen.

kreidekreis: Sie haben über Formate wie „Freiraum Schule“ und Ihre Umfrage zum Plan Zukunft Verbesserungswünsche gesammelt. Wo sehen Sie persönlich die größten Herausfor-

derungen für unser Bildungssystem?

BM Wiederkehr: Die Grundkompetenzen sind aus meiner Sicht die größte Herausforderung. Ohne gut lesen, schreiben und rechnen und mit dem Internet umgehen zu können, wird eine Teilhabe in der heutigen Zeit schwierig bis unmöglich. Deshalb war mein Schwerpunkt im ersten Jahr die Aufholjagd, um diese Grundkompetenzen



zu stärken. Das wird uns die ganze Legislaturperiode über beschäftigen.

Die größte negative Überraschung aus der Umfrage war für mich jedoch die Tatsache, wie schlecht sich viele Lehrpersonen auf den Schulalltag vorbereitet fühlen, insbesondere ab der Sekundarstufe. Das gibt mir sehr zu denken. Wir brauchen Lehrkräfte mit gutem Fachwissen, die Jugendliche aber insbesondere pädagogisch-didaktisch gut bilden können. Dafür müssen wir unsere Lehrer:innenbildung weiterentwickeln und praxisorientierter gestalten.

kreidekreis: Stichwort Grundkompetenzen: Braucht es eine Aktualisierung oder gar Streichung von Lehrplaninhalten? Und benötigen wir für digitale Kompetenzen wirklich ein neues Fach, oder sollten diese besser in bestehende Fächer integriert werden?

BM Wiederkehr: Aufgrund der sich extrem schnell verändernden Welt ist es notwendig, Lehrpläne laufend zu aktualisieren. Wir müssen auch den Mut haben zu fragen: Was ist ein eigenes Unterrichtsfach und was sind Querschnittsmaterien? Wir haben aktuell 13 Themen, die als Kompetenzen vermittelt werden müssen. Wenn es zu viele werden, werden sie nirgends mehr gemacht. Ziel der nächsten Reformen ist es, diese Querschnittsmaterien klar in Fächern und Verantwortlichkeiten zu verorten. Wenn es massive gesellschaftliche Disruptionen gibt, müssen wir für neue Fächer oder zur Verstärkung von manchen Fächern andere reduzieren. Die Anforderungen an Informatik sind so massiv gestiegen, dass zwei Stunden in der AHS-Oberstufe nicht mehr reichen und wir die Anzahl erhöhen müssen.

In Zeiten von knappen Budgets und Überlastung kann man nicht immer nur mehr dazugeben. Wenn Fächer wie Medien und Demokratie dazukommen, muss es an anderen Stellen zu Reduktionen kommen.

kreidekreis: Wer soll das neue „KI-Fach“ unterrichten und mit welcher Ausbildung?

BM Wiederkehr: Informatik und KI sollen auch in Zukunft Informatik-Lehrkräfte unterrichten. Wir haben in Österreich vor fast vier Jahren die Digitale Grundbildung in der Unterstufe eingeführt und waren damit europaweit Vorreiter. Wir sehen, dass wir diese Kompetenzen insbesondere in der Oberstufe verstärken müssen. Hier gibt es eine europäische Empfehlung von zumindest sechs Stunden. Wir erhöhen von zwei auf drei Stunden, und ich bin zuversichtlich, dass es dafür ausrei-

Mit dem Bundesminister im Gespräch

chend Informatik-Lehrkräfte gibt. Eine laufende Fortbildung in diesem Bereich ist aber dringend notwendig.

kreidekreis: *Zur praktischen Umsetzung: Digitale Grundbildung in der Unterstufe findet im Klassenverband statt, wo man bei 26 Kindern eigentlich eine Zweitbesetzung bräuchte. Wie soll der KI-Unterricht nun in der Oberstufe konkret umgesetzt werden?*

BM Wiederkehr: In der Unterstufe wird sich vorerst nichts ändern, wir sind an einer Reform der Oberstufe dran. Hier soll das Fundament der informatischen Bildung erweitert werden – um Themen wie Cyber-Security, Aspekte der künstlichen Intelligenz (wie funktionieren diese Modelle?) und Datenhoheit. Ich verstehe den Wunsch, in allen Fächern in kleineren Gruppen oder Doppelbesetzungen unterrichten zu können, das ist aber unabhängig von der Reform der Lehrpläne oder KI-Inhalten zu sehen.

kreidekreis: *Nochmals zu den Ressourcen: Bei der Lehrfächerverteilung zeigt sich, dass für die Digitale Grundbildung vielerorts die Mittel fehlen, obwohl geteilte Klassen viel effektiver wären. Wie sollen die Schulen das stemmen?*

BM Wiederkehr: Die Schulen haben eine sehr weitgehende Autonomie, um eigene Schwerpunkte zu setzen oder in manchen Bereichen kleinere Gruppen zu bilden. Solange wir mit begrenzten Budgets leben, wird man am Standort Prioritäten setzen müssen. Mittelfristig sehe ich bei der KI eine Chance, dass

diese pädagogisch gut für die Individualisierung des Unterrichts eingesetzt werden kann. Man kann beispielsweise punktuell mit KI-Tutoren arbeiten. Dafür wird es dieses Semester in einer Pilotphase den „Marktplatz Lernapps“ geben, wo Schulen digitale Lernmittel, finanziert über das Ministerium, dazu kaufen können.

kreidekreis: *Wenn die mangelnde Vorbereitung durch die Ausbildung die negativste Überraschung der Umfrage war – was war dann die positivste Erkenntnis?*

BM Wiederkehr: Was mich sehr bestärkt, ist der Wunsch nach mehr sozialen Kompetenzen in der Schule. Mit Abstand Nummer eins bei den wichtigsten Kompetenzen waren für Lehrer:innen, Schüler:innen und Eltern die sozialen. Ich glaube, wir haben die Verantwortung, diesen Wunsch stärker aufzunehmen. Wir haben abseits von persönlichen Bemühungen von Lehrkräften noch nicht ausreichend Raum in der Schule, wo Persönlichkeitsentwicklung professionell begleitet wird. Das ist ein Auftrag, darüber intensiver nachzudenken.

kreidekreis: *Laut Umfrage wurde die digitale Kompetenz jedoch als am wenigsten wichtig eingestuft. Warum dann diese KI-Offensive?*

BM Wiederkehr: Das ist spannend, wie man Umfragen liest. Bei einer anderen Frage, nämlich der nach der größten Herausforderung im Schulsystem, wurde sehr wohl die digitale Welt genannt. Ich sehe hier eine Diskrepanz zwischen

der wahrgenommenen Herausforderung und der selbst eingeschätzten Kompetenz. Wir haben die dringende Notwendigkeit, unsere digitalen Fähigkeiten professionell zu verstärken. KI-Applikationen ändern sich tagtäglich, man kann nicht immer am letzten Stand sein, aber die intensive Beschäftigung

damit ist wichtig. Gleichzeitig möchte ich digitale Freiräume in der Schule garantieren. Ich bin ein Fan davon, vor allem in der Unterstufe mit dem Buch zu arbeiten. KI kann nur auf unseren Grundkompetenzen aufbauen, sie aber nicht ersetzen.

kreidekreis: *Zum neuen Fach Demokratiebildung: Das Thema hat in Geschichte und Politischer Bildung bereits einen festen Platz. Warum wollen Sie den ohnehin dichten Stundenplan um ein weiteres Fach ergänzen, anstatt Demokratie als Unterrichtsprinzip in bestehenden Fächern zu stärken?*

BM Wiederkehr: Ich bin fest davon überzeugt, dass wir das System überfordern, wenn wir immer neue Querschnittsmaterien für alle Fächer mitgeben. Wir haben jetzt schon 13, und wir sind an einem Punkt, wo das operativ nicht mehr gut umsetzbar ist. Eine Entlastung entsteht, wenn endlich politische Prioritäten gesetzt werden. Unsere Demokratie ist massiv unter Druck – durch autoritäre Regime, aber auch durch Social Media Bias und Extremismus. Wir müssen junge Menschen fit machen. Natürlich kann jedes Fach ein bisschen davon übernehmen, aber Themen, die so relevant sind, brauchen eine eigene Verankerung, eine eigene Lehramtsausbildung und kompetente Lehrpersonen.

kreidekreis: *Sie betonen oft die Schulautonomie. Ist Ihr Vorstoß, ausgerechnet Latein zu kürzen, nicht ein Widerspruch dazu, da Sie den Schulen genau vorgeben, wo gespart werden soll?*

BM Wiederkehr: Nachdem wir das Mindestausmaß von Latein reduzieren, gibt es mehr Spielraum für die Schulen. Ich gebe eine klare Empfehlung ab, wo Platz für neue Fächer gemacht werden soll, und übernehme damit die politische Verantwortung für diesen Verteilungskampf. Ich gebe den Schulen aber die Möglichkeit, andere Wege zu finden. Die Herausforderung der Autonomie ist, dass man Verteilungsfragen am Standort führen muss. Schulen ha-



Mit dem Bundesminister im Gespräch

ben unglaublich große Spielräume. Ein sehr gutes Modell sind beispielsweise Kurssysteme mit mehr Wahlmöglichkeiten.

kreidekreis: *Unser Schulsystem ist hochkomplex, Ihre Umfrage war jedoch sehr einfach gestaltet. Lässt sich aus derart simplen Fragen wirklich etwas Vernünftiges ablesen?*

BM Wiederkehr: Aus meiner Sicht eindeutig. Über so breite Umfragen – es haben immerhin über 46.000 Personen mitgemacht – findet man heraus, wo besondere Themen, Herausforderungen oder Wünsche liegen. Das ist eine breite Einbindung, aus der politische Schlüsse gezogen werden müssen. Allein die Erkenntnis, dass sich Lehrkräfte oft so schlecht ausgebildet fühlen, ist eine relevante Information, die meine Politik beeinflusst.

kreidekreis: *Als Personalvertreter und Gewerkschafter bringen wir hohe Expertise mit. Bedeuten großangelegte Bürgerforen und Umfragen nicht in gewisser Weise ein Umgehen und Ausspielen der gewählten Personalvertretung?*

BM Wiederkehr: Ganz und gar nicht, es geht um ein Sowohl-als-Auch. Ich halte eine Personalvertretung für wichtig. Ich halte es aber als Minister auch für wichtig, direkt mit den Lehrkräften zu reden. Das ist eine Frage meiner Haltung einer wenig hierarchischen Kommunikation. Ich sehe einen großen Wunsch der Lehrkräfte nach Veränderung und das bestärkt mich in meinem Weg, gemeinsam mit den Betroffenen Reformen anzugehen.

kreidekreis: *Noch eine Frage zum Gesetz über das Kopftuchverbot für muslimische Mädchen. Auch wenn wir wissen, wie sehr religiöser Fundamentalismus ein Problem sein kann, so sehr sendet das Verbot an die Mädchen doch die verheerende Botschaft: „So wie du bist, passt du nicht zu uns.“ Richten wir damit nicht großen Schaden an?*

BM Wiederkehr: Ich sehe das nicht so. Die Botschaft ist: „Wir schützen euch vor Unterdrückung und geben euch die Freiheit, euch selbst zu entfalten.“ Wir knüpfen diese Entscheidung an die Religionsmündigkeit mit 14 Jahren. Unter 14 wird sehr oft Gruppendruck auf junge Mädchen ausgeübt – über männliche Peergroups, Brüder, Väter. Diesen Mädchen wollen wir Schutz bieten.

kreidekreis: *Wäre es dann nicht sinnvoller, dieses Thema integrativ über geschlechtersensible Pädagogik, wie zum Beispiel Buben-Mädchen-*



Projekte zu lösen, anstatt es an einer einzigen Frage aufzuhängen?

BM Wiederkehr: Das Kopftuchverbot soll nicht isoliert betrachtet werden, sondern geht einher mit verstärkter Burschenarbeit. Wir müssen insbesondere die Burschen adressieren, die Mädchen unter Druck setzen. Junge Burschen nehmen sich oft das Recht heraus, darüber zu entscheiden, wie junge Mädchen sich zu verhalten haben. Das dürfen wir als liberale Gesellschaft nicht tolerieren. Das müssen wir durch ein Verbot unterbinden, aber gleichzeitig durch gendersensible Burschenarbeit flankieren, um Rollenbilder zu reflektieren.

kreidekreis: *Es gibt einen neuen Vorstoß zur gemeinsamen Schule durch die Verlängerung der Volksschule auf*

sechs Jahre in Wien. Sehen Sie realistische Chancen auf eine Umsetzung?

BM Wiederkehr: Es ist ein neuer Ansatz. Nachdem die Gesamtschule der 10- bis 14-Jährigen über Jahrzehnte nicht vorangekommen ist, möchte ich einen neuen Versuch über Modellregionen mit verlängerter Volksschule starten. Im Regierungsprogramm ist verankert, dass solche Modellregionen erleichtert werden sollen. Davor braucht es gute pädagogische und räumliche Konzepte. In einer ersten Phase soll es eine freiwillige Teilnahme und Evaluierung geben, um zu zeigen, dass dieses System leistungsfähiger und chancengerechter ist.

kreidekreis: *Welchen berechtigten Wunsch der Lehrkräfte aus der Umfrage würden Sie gerne erfüllen, konnten es aber bisher noch nicht?*

BM Wiederkehr: Ein Wunsch, an dem wir ständig arbeiten müssen, ist jener nach weniger Bürokratie und nach Entlastung. Erste Schritte sind gelungen, beispielsweise die Reduktion von Rundschreiben oder Sprachstandstests (Mika-D). Weitere Schritte sind notwendig. Dieser berechtigte Wunsch wird mich die ganze Amtszeit über begleiten.

kreidekreis: *Zum Abschluss: Wenn Sie als Minister für 120.000 Lehrkräfte einen Wunsch an die Personalvertretung und Gewerkschaft frei hätten – welcher wäre das?*

BM Wiederkehr: Das wäre die Unterstützung bei Reformen, die notwendig sind, auch wenn sie nicht immer angenehm sind. Wir sollten durch gemeinsames Handeln der Bildung mehr Bedeutung geben, denn sie ist die wichtigste Zukunftsfrage in unserem Land. Da sehe ich uns als Verbündete. Die Fahne der Bildung hochzuhalten, ist unser gemeinsames Interesse.

kreidekreis: *Herr Bundesminister, wir danken für das Gespräch.*

Von einem, der auszog, uns das Fürchten zu lehren – oder: BM Wiederkehr und seine Ablenkungsstrategien

Ambros Gruber



„Latein – und in Realgymnasien auch die zweiten lebenden Fremdsprachen – werden reduziert, dafür gibt's Unterricht in KI und Demokratie!“

Kritik wird nicht nur weggewischt, sie wird auch mit Ergebnissen aus Umfragen widerlegt. Die alte Volksweisheit „Trau nie einer Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!“ könnte hier umformuliert werden in „Trau nie einer Umfrage, deren Fragen du nicht selbst zielgruppengerecht formuliert hast!“. Das ist die eine Seite.

Ich als glühender Romanist – mit ausgiebiger Ausbildung in Latein (sechs Jahre, die ersten drei davon mit fünf Wochenstunden) – und Germanist kann einer Kürzung des Sprachunterrichts generell nichts, aber schon gar nichts abgewinnen.

Dass wir in Deutsch, Englisch, Latein, Französisch, Spanisch, Italienisch, ... immer aktuell und kritisch die KI besprechen und anwenden, liegt in der Natur der Sache – schließlich müssen wir als Lehrkräfte auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft und der Technik sein, auch und gerade, um nicht beschummelt zu werden. Und um den Lernenden den verantwortungsvollen Umgang mit dieser Technologie zu unterbreiten – Erfolg ungewiss. Genauso geht es uns mit der Demokratiebildung (in all diesen und in noch mehr Unterrichtgegenständen) – schließlich wählen unsere Schüler:innen schon mit 16. Junge Menschen sprachlich zu ermächtigen, um über sich, über Wichtiges zu sprechen, vor allem aber, um mit anderen zu reden und dadurch zu respektvollen, kritisch hinterfragenden Bürger:innen in einer Demokratie zu werden, ist uns wichtig. Nun ja.

Stattdessen wird nun – offenbar nur für die AHS (???) – eine Fremdsprachenunterrichtsstundenreduzierung (was für ein schönes Wort!) verkündet, um Unterrichtsfächer zu implantieren, für die weder ein Lehrplan noch Lehrpersonal noch ein Ausbildungsplan an Pädagogischen Hochschulen / Universitäten vorhanden ist.

Sollte da vielleicht von dringenderen Problemen abgelenkt werden?

Mein Verdacht lautet: Ja, sicher!

Ich denke, es gibt wichtigere Fragen, die angegangen werden müssen. Ein paar Beispiele:

Wie sieht es aus mit der Inklusion?

Wie sieht es aus mit der Aufstockung des Support-Personals für Kinder und Jugendliche mit Problemen?

Wie sieht es aus mit der gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen?

Wie sieht es aus mit der thermischen Sanierung der Schulgebäude, damit die immer heißeren Frühling-Sommer-Herbst-Phasen noch zum Lernen genutzt werden können?

Wie sieht es aus mit der Einsetzung

von demokratisch gewählten Schulleitungsteams?

Wie sieht es aus mit der Abkopplung der IT und der gesamten Software von der US-Dominanz?

Viele große, viele wichtige Fragen. Und das sind weitaus nicht alle. Fragen, bei denen weniger populistisch und weniger medienwirksam aufgetreten werden kann. Das mit dem Latein, das viele nicht mochten, manche sogar hassten, bot sich gleich einmal an, denke ich mir. Nicht gerade dem Prinzip „Flood the zone with shit“ des ehemaligen Beraters von US-Präsident Trump, Steve Bannon, folgend, doch aber, so meine ich, der „Enshittification“ – erzähl was Wirksames, um von Dringenderem abzulenken.

Die Römer betrieben Machtpolitik nach dem Prinzip „Divide et impera!“ Heute müsste es wohl heißen: „Caga et impera!“

Ambros Gruber ist Lehrer an der HAK HLW Kirchdorf an der Krems



Mi, 15. Juli – Fr, 17. Juli 2026

WERT.schätzen

Vorträge | Arbeitskreise | Salzburg erleben

Anmeldung ab Februar 2026

Tel. +43 662 8047-7520, pwt@bildungskirche.at
www.bildungskirche.at/werttagung



Große Universitätsaula | Max-Reinhardt-Platz | Salzburg

Katholisches Bildungswerk Salzburg in Kooperation mit der Caritas Österreich, der Paris Lodron Universität Salzburg und der Pädagogischen Hochschule Salzburg Stefan Zweig

Drastisch – Ein gleichermaßen zufriedener und zorniger Rückblick

Andreas Chvatal



These: Die getrennte Mittelstufe des österreichischen Schulsystems bietet eine perfekte Möglichkeit, teilweise horrenden Vorfälle unter den Teppich zu kehren.

Gewalttaten und eine unsägliche Ausdrucksweise sowie damit einhergehende Disziplin- und Respektlosigkeiten werden schlicht und ergreifend ignoriert und dadurch - vor allem an MS - zum Alltäglichen. Höheren Orts kann man sich darauf verlassen, dass dies niemanden interessiert. Ist ja nur die MS!

Folgen: Die Mittelstufe der AHS ist von der Problematik weit weniger betroffen.

Entsprechend unausgeprägt ist das dortige Interesse, sich mit den obig skizzierten Problemen auseinanderzusetzen. Die MS trägt deshalb einen hohen Anteil der Gewaltproblematik alleine und ohne Unterstützung. Sie bewältigt auch die gesamte Integration von Kindern mit noch nicht ausreichenden Deutschkenntnissen, und wird in Bälde auch noch durch eine Entwicklung, die durch die begriffliche Hülse "Inklusion" behübscht wird, belastet werden. Dies wird dazu führen, dass Kinder, die mit dem normalen Lehrplan überfordert sind, in Regelklassen sich selbst überlassen werden.

Die Situation an manchen MS-Standorten ist sämtlichen übergeordneten Hierarchieebenen des Schulsystems völlig egal. Ich war fast vierzig Jahre im Dienst an Wiener MS und wurde in dieser Zeit Zeuge einer Entwicklung der Teilnahmslosigkeit. Sie begann mit völligem Scheitern aufgrund von mangelndem Verständnis, ging über billige Erklärungen und Ausreden und steht derzeit bei der Zurückweisung jeglicher Verantwortung an die einzelnen Schulstandorte, die im Umgang mit einer Problematik, die behördlicherseits

seit Jahrzehnten ignoriert wird, natürlich hoffnungslos überfordert sind.

Im gleichen Atemzug möchte ich eine Lanze brechen für alle Lehrer:innen, die es tagtäglich schaffen, mit schwierigsten Situationen fertig zu werden und gleichzeitig interessierte Schüler:innen optimal zu fordern und fördern. Was könnten sie erreichen, wenn sie in ihrem Kampf für die Vernunft systematisch durch die Schulbehörden unterstützt würden?

Sie werden aber nicht unterstützt. Und damit nicht genug. Die Probleme, mit denen Lehreri:innen ringen, werden nicht einmal mehr in Abrede gestellt. Verbale Gewalt und Respektlosigkeiten haben Formen angenommen, die nicht mehr bearbeitbar sind. Es ist nur zu verständlich, dass Lehrkräfte manche Auswüchse gar nicht mehr beachten. Ein Tag, an dem niemand körperlich zu Schaden kommt, gilt schon als Erfolg. Der Schaden, der - vor allem interessierten Schüler:innen - durch die hier beschriebenen Zustände entsteht, ist nicht wieder gutzumachen. Die bitterste Erfahrung meines Berufslebens war, mitanzusehen zu müssen, wie sehr manche Schüler:innen unter diesen Bedingungen litten.

Lanze Nummer zwei geht an die vielen Mittelschüler:innen, die unter widrigen Umständen, mit einer für ihr Alter erstaunlich vernünftigen Sichtweise selbiger Umstände und diesen zum Trotz gute bis ausgezeichnete schulische Leistungen erbringen. Was könnten sie noch erreichen, fänden sie bessere Bedingungen vor? Ein Grund für ihren Erfolg wird wohl in ihrer familiären Geborgenheit liegen, wofür ihren Eltern zu danken ist.

Wer noch bereit ist, angesichts dieses Schlamassels nicht wegzuschauen, wird in weiter Ferne ein halb ver-

sunkenes Etwas erkennen. Das ist der sprichwörtliche Karren, der seit Langem in den Morast sinkt. Noch ragt ein Teil davon heraus. Es wäre möglich, hinzuwaten und den Karren rauszuziehen. Die Schulbehörden beschränken sich aber darauf, den Lehrer:innen zu sagen, dass sie schon mal loswaten sollen, am besten, jede Schule in die Richtung, die sie für die richtige hält. Es ist ja Schulautonomie.

Dass die Behörden nicht mitwaten können, versteht sich von selbst. Haben sie doch Wichtigeres zu tun. Auf Geheiß der Politik muss aktuell die Einhaltung des Kopftuchverbots erzwungen werden. Bis es soweit ist, wird von dem Karren vielleicht nichts mehr zu sehen sein. Politik und Behörden sollten lang vorher beginnen, sich mit Gewalttätigen auseinanderzusetzen, die kein Kopftuch aufhaben.

Es ginge natürlich auch anders. Siehe Kreidekreis 7/2024, Seite 19

Schritte gegen Gewalt an Schulen:

- 1) Außer Streit stellen, dass es ein Problem gibt. Wenn das nicht gelingt, ist jeder weitere Schritt sinnlos.
- 2) Beschreibung der wichtigsten Ausprägungsformen und ihrer Folgen, als Ansatzpunkt für erste Gegenmaßnahmen.
- 3) Alle Ebenen des Schulsystems, vom Ministerium über die Bildis bis zur einzelnen Lehrkraft, müssen sich auf ein Konzept einigen, sich zu diesem bekennen, und alles ihnen Mögliche zur Umsetzung beitragen. Derzeit ist das Gegenteil der Fall. Jeder Schulstandort versucht in Eigenregie mit der Problematik fertig zu werden.
- 4) Es braucht Spezialist:innen, die die Problematik mit durchdachten Strategien in Angriff nehmen können. Als Nebentätigkeit für Lehrkräfte (PD-Stunden) oder Supportpersonal ist die Aufgabe ungeeignet.

- 5) Eine Art Charta könnte klare Zielvorgaben formulieren. Ihre Einhaltung muss kontrolliert werden.
- 6) Wichtigster Punkt: Was passiert bei der Missachtung der Regeln? Nachvollziehbare, administrierbare Konsequenzen werden notwendig sein. Diese müssen unter Einbeziehung möglichst vieler Betroffener erarbeitet werden. Suspendieren, Fünfergeben und Strafanträge schreiben sollten nicht dazugehören.
- 7) Es wird lang dauern, bis sich erste Erfolge einstellen werden. Man kann nicht erwarten, dass ein Problem, das schlichtweg ignoriert wurde, leicht und schnell zu lösen sein wird.

Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie ist ein Beitrag zu einer schon lange überfälligen Diskussion.
Andreas Chvatal ist MS-Lehrer in Ruhe

Jetzt Gewerkschaftsmitglied werden!

Hast du bisher gedacht: „Was soll ich beim ÖGB? Der ist doch rot.“ oder „... GÖD? Die ist doch schwarz.“ Beide sind aber überfraktionell und ein Beitritt stärkt unsere Solidargemeinschaft. In der GÖD gibt es die Fraktion UGÖD und im ÖGB die UG (Unabhängige Gewerkschaftsfraktion für mehr Demokratie, www.ug-oegb.at)!



GÖD-Mitglied werden: QR-Code scannen!



Fragen?

Josef Gary Fuchsbauer, Bereichsleiter GÖD-Bildungsförderung,
fuchsbauer@ugoad.at, 0680 2124358

GÖD - Berufsschule Steiermark: (Dis-)Harmonie am Landestag

Andreas Berghold



Am 25.02.2026 fand der Landestag der GÖD Berufsschule in Graz statt. Dabei wurden die Ziele der gewerkschaftlichen Arbeit für die kommenden fünf Jahre in sieben Anträgen konkretisiert, die auch allesamt von den Delegierten angenommen wurden. Zusammengefasst geht es dabei um die

- Gleichstellung der Lehrpersonen in den verschiedenen Dienstrechten
- Forderung nach einer positiven Entwicklung der Gehaltsperspektive im Sondervertrag (die 4. Stufe ist dabei nur eine der Möglichkeiten)
- Stärkung der Schulautonomie
- Aufwertung der Kustodiate im Allgemeinen und die Anpassung der EDV-Kustodiate an die gestiegenen Anforderungen in der IT
- Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit für die nötige Infrastruktur außerhalb der Schule (also zu Hause)
- Wiederherstellung bzw. Ausweitung der administrativen Belohnung für BS-Lehrer:innen
- Demokratisierung der Schulleitungsbestellung bzw. Wahl von Schullei-

tungsteams (angenommen zur Weiterbearbeitung in der Landesleitung)

Dafür werden sich die Mitglieder der Landesleitung gemeinsam mit voller Kraft einsetzen.

Leider gab es bei der Wahl der Funktionen innerhalb der Landesleitung auch einen ordentlichen Wermutstropfen zu verdauen: Anders als bei innergewerkschaftlichen Wahlen seit Jahrzehnten üblich und anders als es die GÖD in ihrer Geschäfts- und Wahlordnung für andere Organe vorsieht (Vorschlagsrecht der zweitstärksten Fraktion für die Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden), wurde zwischen den parteinahen Fraktionen FCG (ÖVP) und FSG (SPÖ) vereinbart, den Kandidaten der drittstärksten Gruppe (FSG) zum stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. Für Parteigänger scheint das Bilden von Koalitionen zum Alltag zu gehören – in einer per definitionem überparteilichen Arbeitnehmer:innenvertretung hatte

dieses Denken bisher keinen Platz! Ob das Ignorieren demokratischer Wahlergebnisse und die Änderung von jahrzehntelang erprobten demokratischen Prinzipien der vielbeschworenen Solidarität und Stabilität innerhalb der Gewerkschaft nützt, mögen die Wähler:innen, die diesmal übergangen wurden, bei der nächsten PV-Wahl entscheiden! Diese Klarstellung erscheint uns notwendig, da bereits das Gerücht verbreitet wird, dass wieder einmal die ÖLI-UG für Unruhe gesorgt hätte – wie oben beschrieben sind jedoch nicht wir die Ursache für Unruhe!

Die ÖLI-UG wird jedenfalls ihren Prinzipien treu bleiben und für unsaubere Deals auch zukünftig nicht zur Verfügung stehen!

Nichtsdestotrotz werden wir in den kommenden fünf Jahren, wie schon in der Vergangenheit, immer die Zusammenarbeit suchen und bei allen Anliegen der steirischen Berufsschullehrer:innen auf der richtigen Seite stehen – VERSPROCHEN!

mit Recht



Hannes Grünbichler

Altersteilzeit und Teilpension

Nur vor 2005 pragmatisierte Beamte:innen haben die Möglichkeit, gleichzeitig mit jedem Teilzeit-/Sabbaticalantrag bekanntzugeben, dass gem. § 116d GehG der Pensionsbeitrag so zu berechnen ist, als wäre man vollbeschäftigt (freiwillige Vollzahlung des Pensionsbeitrages, um diese Jahre voll in der Pensionsberechnung des Beamtenteils zu behalten). Die freiwillige Vollzahlung verfällt bei Austritt aus dem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis (Entpragmatisierung) und wirkt sich auch nicht auf den APG-Teil der Pensionsberechnung aus. Die in der Privatwirtschaft (u.a.) geltende Regelung, mit der mit Unterstützung des Arbeitsmarktservice (Aufzahlung von z.B. 60 % Beschäftigung auf 80 % Lohn) und des Arbeitgebers (Vollzahlung des Pensionsbeitrages), gibt es für Bundesbedienstete und Landeslehrer:innen nicht.

Ab 2026 ist stattdessen eine Teilpension eingeführt worden, sodass jemand mit Pensionsanspruch in Teilzeit gehen und zum Teilzeitgehalt auch schon einen Pensionsteil ausbezahlt bekommen kann. Voraussetzung: Pensionszahlungsbedingungen müssen erfüllt sein und der Dienstgeber muss der Teilzeit zustimmen.

Die GÖD schreibt: „Für Beamt:innen gilt: Die Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit kann frühestens sechs Monate nach Ablauf des Monats der Antragstellung beginnen. Eine Nichtgewährung der Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit ist der Beamtin oder dem Beamten spätestens zwei Monate nach dem der Antragstellung folgenden Monats-ersten schriftlich mitzuteilen. Durch schriftliche Erklärung der Beamtin oder des Beamten, die binnen eines Monats ab Zugang der Mitteilung zu erfolgen hat, ist ihr oder sein Antrag auf Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit als schriftliche Erklärung auf Versetzung in den Ruhestand zu werten.“

Vertragsbedienstete müssen zunächst den Teilzeitantrag (mit Hinweis auf die Teilpension) im Dienstweg bei der Bildungsdirektion stellen und können nach dessen Genehmigung bei der Pensionsversicherung (pv.at) den Teilpensionsantrag einbringen.

Die Beschäftigungs- und Pensionsausmaße gelten für beide Gruppen gleich, wobei jeweils auch für Lehrer:innen dieselben Rahmenbereiche gelten:

Normal: 25, 50 oder 75% Arbeit und dazu 75, 50 oder 25 % Pension, letztere Zahlen gelten auch für Lehrer:innen, aber bei folgenden Beschäftigungsausmaßen: 25-35 %, 45-44 %, 65-75 % der Lehrverpflichtung. Beamte dürfen dann nur im äußersten Notfall zu mehr Dienst eingeteilt werden, was aber keine negative Wirkung auf die Teilpension hat (weil Beamte auch vor 65 keine Zuverdienstgrenze haben).

Wenn Vertragsbedienstete im Durchschnitt eines Kalendermonats in mehr als drei Monaten das vereinbarte – und

für die Teilpension maßgebliche – Arbeitszeitausmaß um mehr als 10 % überschreiten, fällt die Teilpension weg.

Berechnung der Höhe der Teilpension: Es wird vom aktuellen Pensionsanspruch (gem. Pensionskonto bzw. auch beim Beamtenteil) der entsprechende Teil genommen und von diesem die Abschläge (z.B. 5,1 % im Korridor pro Jahr) abgerechnet. Diese Abschläge bleiben auch später bestehen, wenn die volle Pension bezogen wird. Wenn dann die volle Pension bezogen wird, wird der andere Prozentsatz nach den Regeln berechnet, die dann eben für dieses Alter gelten. Bsp: 25 % Teilpension ab 63 ergeben 10,2 % Abschlag für diesen Pensionsteil. Wenn dann ein Jahr später, also ab 64 die volle Pension beantragt und bezogen wird, dann wird für den dann erworbenen 75 % Pensionsanteil nur 5,1 % abgezogen (bzw. nichts mehr abgezogen, falls erst mit 65 beantragt wird).

Hinweis: Die Geringfügigkeitsgrenze wurde von 2025 auf 2026 nicht erhöht, sondern bleibt bei 551,10 €. Nichtpragmatisierte, die vor dem Pensionsalter eine andere als die Teilpension bekommen, verlieren demnach die Pension, wenn sie mehr als 551,10 €/Monat dazuverdienen bzw. verlieren sie auch die Teilpension, wenn sie einen höheren Nebenverdienst haben. Die steuerliche Begünstigung fürs Dazuverdienen NACH dem Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters kommt erst 2027 und zwar in der Form, dass bis zu 15.000 €/Jahr steuerfrei dazuverdient werden können (ein in Sparzeiten unsinniges Geschenk an Vielverdiener:innen).

Korridorpension

Für alle bis 31.12.1963 Geborenen gilt weiterhin: Mit mind. 40 Versicherungsjahren ist ab 62 Pensionsantritt mit finanziellen Einbußen (0,425%/Monat = 5,1%/Jahr früherem Pensionszahlungsbeginn) möglich. Hacklerregelung (42 Arbeitsjahre) bleibt auch für Jg. ab 1964 unverändert!

Für ab 1964 Geborene gilt für erforderliches Lebensalter (A) und erforderliche Versicherungszeiten (V) bei der Korridorpension Folgendes: (Jahre-Monate, z.B. 62-2 = 62 Jahre und 2 Monate):

Für alle, die im Zeitraum von - bis geboren sind:	A	V
1.01.-31.03.1964:	62-2	40-2
1.04.-30.06.1964:	62-4	40-4
1.07.-30.09.1964:	62-6	40-6
1.10.-31.12.1964:	62-8	40-8
1.01.-31.03.1965:	62-10	40-10
1.04.-30.06.1965:	63	41
1.07.-30.09.1965:	63	41-2
1.10.-31.12.1965:	63	41-4
1.01.-31.03.1966:	63	41-6
1.04.-30.06.1966:	63	41-8
1.07.-30.09.1966:	63	41-10
ab dem 1.10.1966:	63	42



Zahlreiche Kolleg:innen nützen oli-ug.at/kontakt, um Anfragen zu stellen. Katharina Bachmann berichtet aus den Antworten der Expert:innen.

Abfertigung bei Krankenstand

Ich bin wahrscheinlich bis Pensionsbeginn im Krankenstand. Wie gestaltet sich meine Abfertigung in diesem Fall?

Antwort

Deine Abfertigung ALT berechnet sich aus dem vollen Grundgehalt, das du mit Beginn des Krankenstandantritts bezogen hast. Auch wenn dich der Dienstgeber wegen eines Krankenstandes, der mehr als ein Jahr dauert, kündigt, steht dir trotzdem die Abfertigung zu.

Auflegen der Lehrfächerverteilung

Es gibt immer wieder Diskussionen darüber, ob wir mit der Offenlegung der Lehrfächerverteilung gegen die DSGVO verstoßen, da es anscheinend Gerichtsurteile gibt, dass Diensterteilungen nicht öffentlich gemacht werden dürfen. Daher die Frage: Gibt es gesetzliche Grundlagen, die gegen ein Auflegen der Lehrfächerverteilung sprechen?

Antwort

Alles, was gesetzlich geregelt ist, kann nicht mit Hinweis auf die DSGVO unterbunden werden.

1. Der Stundenplan ist innerhalb einer Schule und erst recht des Lehrkörpers nicht geheim. Also kann auch die Planung der Diensterteilung (Lehrfächerverteilung) nicht geheim sein.
2. Die Schulleitung hat mit der Personalvertretung über die Diensterteilung das Einvernehmen herzustellen (PVG § 9 Abs.2) und jene hat die Interessen der Bediensteten zu vertreten (PVG § 2).

Wenn ein Personalvertretungsorgan nach Beratung zum Ergebnis kommt, dass die Interessen der Bediensteten gar nicht vertreten werden können, wenn die Bediensteten die Diensterteilung nicht transparent erfahren und somit eine Interessensverletzung erst zu spät oder gar nicht erfahren, und dass ein Einvernehmen mit der Schulleitung nicht herstellbar ist, wenn alles intransparent vor sich geht, dann ist der Beschluss der Auflage der prov. Lehrfächerverteilung in einem nur den Lehrer:innen zugänglichen (realen oder elektronischen) Raum sicherlich in Ordnung.

Schwangerschaft bei befristetem Vertrag

Ich habe im November 2024 als Karenzvertretung begonnen. Die Vertretung endet dieses Jahr (SJ 25/26). Ende Mai allerdings werde ich mit 4 Stunden, die nicht in die Karenzvertretung fallen, an der Schule bleiben. In der provisorischen Lehrfächerverteilung für das SJ 2026/27 werde ich berücksichtigt, da im nächsten Schuljahr wieder mehrere Stunden in meinen Fächern frei werden. Meine Frage nun: Können diese Stunden im Falle einer Schwangerschaft im September gestrichen werden?

Antwort

Sobald du in der Lehrfächerverteilung eingeplant bist, kannst du trotz Schwangerschaft im September wieder in der Schule anfangen. Wichtig ist nur, dass du im Vertrag keine Vertretungsstunden hast.

Weisung

Hat die neu eingeführte „pädagogisch administrative Fachkraft“ in der Sekundarstufe 1 eine Weisungsbefugnis gegenüber dem Lehrkörper?

Antwort

Nein. Von an der Schule Tätigen hat allein die Schulleitung ein Weisungsrecht.

PV - Karenzvertretung

Ich bin aktives Mitglied im Dienststellenausschuss und von August bis September im Väterkarenz. Wie ist meine Vertretung während dieser Zeit geregelt?

Antwort

Da du nur in Karenz bist, behältst du dein Mandat. Du kannst deine Vertretung bei den Sitzungen selbst bestimmen und dies dem Dienststellenausschuss mitteilen.

Zeitkontoverbrauch

Ich habe bei meinem Schulleiter mein Ansuchen um Verbrauch meiner gutgeschriebenen Wochen-Werteinheiten im Ausmaß von 50% für 26/27 abgegeben. Nun ergeben sich in Form von Unterricht insgesamt 10,01 WE. Mein Schulleiter sagt, dass das mehr als 50% von 20 WE sei und daher nicht gehe. Stimmt das?

Antwort

Die Aussage der Schulleitung ist unkorrekt. Die Zeitkontofreistellung muss mindestens 50% haben, aber das Ausmaß bestimmt die beantragende Person. Die Unterrichtsenteilung muss danach so erfolgen, dass das Vertragsausmaß, in diesem Fall also vollbeschäftigt, erfüllt ist.

Da ein WE-Ausmaß von 10,00 nicht erreichbar ist, gibt es auch eine eigene Bestimmung für die dann entstehenden Überstunden. Diese dürfen nicht gleichzeitig mit der Zeitkontofreizeitnutzung auf dem Zeitkonto angespart werden, sondern sind als MDL auszuzahlen. In einem Schreiben des Ministeriums wurde dargelegt, dass jedenfalls so viel an MDL entstehen kann, wenn ansonsten das Abgeben eines Gegenstandes in einer Klasse zu Unterbeschäftigung führen würde.

Neuerungen im Schulunterrichtsgesetz: Die Suspendierungs- begleitung

Bernhard Lahner



Am 30. Dezember 2025 wurde ein geändertes Schulunterrichtsgesetz kundgemacht. Das Parlament möchte mit diesem Beschluss die Schule zu einem sicheren Ort machen. Anlassfälle wie hohe Suspendierungszahlen dürften in den letzten Jahren die Motivation für eine Gesetzesänderung erhöht haben. Bis jetzt wurden Schüler:innen zeitlich begrenzt von der Schule ausgeschlossen und sich selbst – und der Familie – überlassen. Jetzt soll es verpflichtende Begleitmaßnahmen für Eltern und Kind in Form von psychosozialer Betreuung und Unterstützung bei der Resozialisierung geben.

Diese Unterstützungsmaßnahme durch Sozialarbeiter:innen, Psycholog:innen, Erziehungsberater:innen sowie die Möglichkeit für Workshops u.a. zur Gewaltprävention begrüßen wir. Ich schreibe hier als Sonderschullehrer an Pflichtschulen und mir sind fremd- und selbstgefährdendes Verhalten von Kindern mit psychischen Erkrankungen, Traumatisierungen, Gewalterfahrungen und instabile Familiensituationen nicht unbekannt. Kinder bzw. das gesamte soziale System, in dem sie sich befinden, brauchen gesamtgesellschaftliche Unterstützung. In der Pflichtschule, also der gemeinsamen Schule für alle, sehen wir Familien aus allen Gesellschaftsbereichen und können mit passender Unterstützung im interdisziplinären Sinn präventiv

sehr viel erreichen. Ich traue mich zu behaupten, dass kein Kind aus Lust und Laune sich selbst oder andere gefährden möchte. Es ist vielmehr ein Hilfeschrei und hier liegt es an uns, „richtig“ zu reagieren und auf Rahmenbedingungen zu pochen, die wir brauchen. Lehrer:innen sind keine Wunderwuzzis, auch wenn wir mit zig gesellschaftlichen Problemen tagtäglich konfrontiert sind, diese bearbeiten und lösen. Meist fehlt es dann an Unterstützung zu den Nahtstellen wie Kinder- und Jugendhilfe bzw. zu psychiatrischen Behandlungsmöglichkeiten. Leider können hier der Föderalismus und das Abschieben von Verantwortung nicht unerwähnt bleiben. Jeder Versuch dieses Gesetz betreffend auf das Ministerium einzuwirken und auf die transdisziplinäre Notwendigkeit hinzuweisen, ist aufgrund föderaler Strukturen und Zuständigkeiten mehr oder minder abgeprallt. Das neue Gesetz ist Schulmaterie im Rahmen der Gesetzgebung des Bundes und die Bundesländer werden aufgefordert, es adäquat umzusetzen. Ob neun Bundesländer im Sinne des Kindes und der Familien agieren, bleibt zu bezweifeln, nachdem wir den Trend des „Wegsperrens“ auch in unseren Haftanstalten mit Sorge mitverfolgen müssen.

Zu meinem Erstaunen musste ich feststellen, dass das Gesetz, anders als im Oktober während der Begutachtungsfrist, noch um das Kopftuchverbot

ergänzt wurde. Inhaltlich haben wir uns zum Kopftuchverbot in mehreren Beiträgen im Kreidekreis und den Abspalten geäußert. Diese Praxis, dass während der Begutachtung komplett neue Paragraphen mit weitreichenden Folgen hinzukommen, kennen wir von der PV-Zulagen-Debatte – und das wirft jedenfalls ein schlechtes Licht auf den demokratischen und parlamentarischen Prozess. Schauen wir uns gemeinsam mit Hilfe dieser Übersichtstabelle inklusive wohlwollender Interpretation einige Beispiele genauer an (siehe Kasten unten):

Als Personalvertreter:innen ermutigen wir euch, uns über fehlendes Unterstützungspersonal, aber auch über eine missbräuchliche Interpretation des Gesetzes gegen das Kindeswohl zu informieren. Wir finden Begleitmaßnahmen notwendig und positiv. Jetzt müssen wir genau beobachten, ob sich diese unterstützend für uns Beschäftigte auswirken, aber vor allem, ob sie für die betroffenen Kinder und Familien Auswirkung auf positive Zukunftsszenarien mit interdisziplinärer Unterstützung bieten.

Quellen:

REPUBLIK ÖSTERREICH: Änderung des Schulunterrichtsgesetzes, des Pflichtschülerhaltungs-Grundsatzgesetzes, des Schulpflichtgesetzes 1985 sowie des Privatschulgesetzes



Thema / Paragraph	Inhalt der Änderung	Beabsichtigte Wirkung / Folgen
§ 44 Abs. 5–9 SchUG – Suspendierung bei Gefahr in Verzug	Schulbehörden können auf Antrag der Schulleitung Schülerinnen/Schüler sofort suspendieren, wenn sie z. B. tätliche Angriffe, Drohungen, Herabwürdigung oder vorsätzliche Sachbeschädigung begehen und eine direkte Gefährdung besteht.	Suspendierung bis 4 Wochen (verlängerbar um 2 Wochen bei parallelem Ausschlussverfahren).
§ 44 Abs. 7 SchUG – Suspendierungsbegleitung (Reintegrationsmaßnahme)	Suspendierte Schüler müssen an einer strukturierten Reintegrationsmaßnahme teilnehmen.	Die Maßnahme umfasst psychosoziale Unterstützung und nicht zu beurteilende Unterrichtseinheiten (8–20 Std/Woche) und kann an unterschiedlichen Orten stattfinden.
§ 44 Abs. 8 SchUG – Mitwirkungspflichten	Schüler und Erziehungsberechtigte müssen bei der Reintegrationsmaßnahme aktiv mitwirken; Die Behörde legt innerhalb von 4 Schultagen Ort und Förderplan fest.	Bei Nicht-Mitwirkung werden Gespräche angesetzt und Verpflichtungen erläutert.

Was ist zu tun, wenn mein Kind während des Frühkarenzurlaubes im Krankenhaus ist?

Leo Willitsch



Dazu kursieren mehrere Informationen, die sich aber oft auf die „falsche“ Rechtsgrundlage beziehen, nämlich auf das Väterkarenzgesetz (VKG). Für den öffentlichen Dienst gelten eigene Paragraphen zum Frühkarenzurlaub (§ 75d BDG 1979, § 29o VBG, § 75f RStDG, § 58e LDG 1984, § 65e LLDG 1985), die eine deutlich flexiblere Regelung als das VKG bieten: Wir kündigen den Frühkarenzurlaub zwei Monate vor dem geplanten Antritt an (siehe Durchführungsbestimmungen), melden ihn dann eine Woche vor Antritt konkret an und können uns bis zu vier Wochen freistellen lassen, also auch gegebenenfalls für einen kürzeren Zeitraum.

Zu „unserer“ Frühkarenzurlaubsregelung hat das Bundeskanzleramt eine Durchführungsbestimmung erlassen, worin steht: „Das Erfordernis des gemeinsamen Haushalts mit der Mutter und dem Kind muss für den Zeitraum der Inanspruchnahme des Karenzurlaubes vorliegen. Soll der Karenzurlaub

beginnend mit dem Tag der Geburt gewährt werden, hindert ein allfälliger Krankenhausaufenthalt der Mutter und des Kindes aus Anlass der Geburt des Kindes weder die Begründung eines gemeinsamen Haushalts noch unterbricht er einen bereits bestehenden gemeinsamen Haushalt.“

Ein eventueller Krankenhausaufenthalt ist also kein Problem für den Frühkarenzurlaub an sich. Auf einen Umstand muss man jedoch aufpassen: Wenn der Familienzeitbonus beantragt wird (erst ab 28 Tagen Frühkarenzurlaubsdauer möglich!), findet sich im Familienzeitbonusgesetz (FamZeitbG) § 2 Absatz 3a: „Bei einem medizinisch indizierten Krankenhausaufenthalt des Kindes wird bei persönlicher Pflege und Betreuung des Kindes durch den Vater und den anderen Elternteil im Mindestausmaß von jeweils durchschnittlich zwei Stunden täglich ausnahmsweise der gemeinsame Haushalt im Sinne des Abs. 3 angenommen. Ein solcher Krankenhausaufent-

halt des Kindes steht dem Vorliegen einer Familienzeit nach Abs. 4 nicht entgegen.“ Folglich ist es im Falle des Frühkarenzurlaubsbegins während eines noch aufrechten Krankenhausaufenthaltes des Kindes (oder der Mutter lt. §2 Absatz 3b FamZeitbG) wichtig, gleich das entsprechende Formular von der BVAEB anzufordern, damit das Krankenhaus Betreuung und medizinische Indikation bestätigen kann. Dieser Nachweis wird nötig, weil bei der Beantragung des Familienzeitbonus eine Entlassungsbestätigung des Krankenhauses vorzulegen ist, aus der dann hervorgeht, dass sich Frühkarenzurlaub und Krankenhausaufenthalt überschneiden haben. Auch für spätere Krankenhausaufenthalte während des Frühkarenzurlaubes gilt grundsätzlich die gleiche Nachweispflicht. Die Formulare liegen eventuell im Krankenhaus auf. Fragen zu Familienzeitbonus und Kinderbetreuungsgeld beantwortet auch die BVAEB unter der speziell eingerichteten Servicenummer 050405-23870.

Stoppt die NOT im Bildungsbereich – Unsere Kinder brauchen Unterstützung JETZT und nicht irgendwann!

Willi Prammer



Die Elterninitiative www.eikib.at setzt sich mit Nachdruck für bessere Bedingungen in unserem Bildungssystem ein und fordert eine umgehende Anhebung der Deckelung der Dienstposten für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) von 2,7 % auf 4,5 % und hat dafür am 16. Februar 2026 12.669 Unterschriften dem Parlament übergeben.

Seit über 30 Jahren werden die Ressourcen zur sonderpädagogischen Förderung in Österreichs Schulen nach einem fiktiven Schlüssel berechnet und zugeteilt. Während für alle Pflichtschulen die Zuteilung nach der tatsächlichen Anzahl von Schüler:innen berechnet wird, geschieht dies für die

Inklusion/Sonderpädagogik nicht. Dafür werden von der Gesamtzahl der Pflichtschüler:innen 2,7% abgezogen und diese fiktive Zahl dient in der Folge zur Zuteilung von sonderpädagogischen Ressourcen. Die tatsächliche Quote liegt aber schon seit langem ÜBER 5%, was zur Folge hat, dass jedes Kind mit SPF nur mehr die Hälfte der Ressourcen bekommt, die ihm zustehen würden. Der oberste Pflichtschulgewerkschafter Paul Kimberger schreibt schon 2021 im Pflichtschullehrer 3/2021: „Der Sonderpädagogik wird also jährlich über eine halbe Milliarde Euro vorenthalten und das schon sehr lange.“ Ich füge hinzu, dass das in den letzten Jahren 2,5 Milliarden Euro sind, die man auf

Kosten jener, die Hilfe und Unterstützung brauchen, gespart hat und frage mich, ob sich dafür von den Verantwortlichen niemand schämt.

Nun geht es nochmals darum, dass viele Menschen dieser parlamentarische Initiative Nachdruck verleihen, damit SOFORT mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Ihr könnt sie jetzt online unterstützen oder Statements abgeben: Einfach den Code scannen. Das gilt auch für alle, die die Initiative bereits unterzeichnet haben. Wir werden im nächsten Kreidekreis ausführlich berichten.



GÖD AHS Landestag Tirol: Einigkeit und Diskurs



Astrid Schuchter

Am 14. Jänner 2026 trafen sich 40 Delegierte aus drei Fraktionen, 15 davon ÖLI-UG, beim Landestag, um über gewerkschaftliche Anträge zu diskutieren und abzustimmen. Trotz vieler Übereinstimmungen wurden Herzensanliegen der ÖLI-UG abgewiesen.

Ehregast Gary Fuchsbauer: „Der Wahlkampf ist vorbei, jetzt gemeinsam arbeiten“

Nach eineinhalb Stunden fraktioneller Beratung trafen sich die Delegierten im großen Saal des ÖGB, um von den Ehrengästen begrüßt zu werden. Auf Einladung der ÖLI-UG reiste Gary Fuchsbauer als Mitglied im GÖD-Vorstand und Bereichsleiter für Bildungsförderung an und appellierte in seinen Grußworten an den **gewerkschaftlichen Geist der Zusammenarbeit**, der in manchen Gewerkschaftsgremien zu kurz kommt. Während Landesvorstandsvorsitzender Seier (FCG) mit launigen Worten begrüßte, stellte Bundesleitungsvorsitzender Weiß, begleitet von seinem Stellvertreter Stockinger (beide FCG), seine Differenzen mit dem Bildungsministerium in den Mittelpunkt.

Übereinstimmung und Kompromiss

Das Kernstück jedes Landes- oder Bundestages bildet die Abstimmung über Anträge, die an den Dienstgeber gestellt und verhandelt werden. Einigkeit zwischen den Fraktionen gab es bei allen Forderungen nach **zusätzlichen personellen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen** für notwendige Tätigkeiten sowie nach **vereinfachten bürokratischen und administrativen**

Abläufen. Unstrittig war auch ein zentrales Anliegen der ÖLI-UG nach **klimafitten Klassenzimmern**, um mit Hitzeschutz, Belüftung, nachhaltiger Baulichkeit und Energieversorgung die Unterrichtsqualität in Zeiten des Klimawandels zu sichern. Der Vorstoß der



Die Delegierten der ÖLI-UG Tirol bei der Fraktionssitzung

ÖLI-UG, zusätzliches Engagement bei Nachhaltigkeit und Inklusion durch bezahlte Beauftragte zu fördern, erhielt dagegen keine Zustimmung.

Für Diskussionen sorgte die Forderung der FCG nach einem externen Vorsitzenden bei der Reifeprüfung, um deren Qualität zu sichern. Ob dies mit der Rückkehr zu alten Modellen gelingt, scheint fraglich, eine Aufwertung der Stimmen der Prüfer:innen wäre weit aus sinnvoller und kostengünstiger, so der Einwand der ÖLI-UG.

Heiße Diskussionen zu ÖLI-UG-Herzensanliegen: pd-Schema und IKM+

Die Zumutungen des neuen Dienstrechts sind hinlänglich bekannt, Verbesserungen dringend nötig. Auf dem Verhandlungsweg die Wahlmöglichkeit zwischen altem und neuem Dienstrecht zu erwirken, ist ein ambitioniertes Ziel, dessen Erfolgsaussichten äußerst gering

sind – möge es trotzdem gelingen. Es bleibt bis dahin jedoch die Aufgabe der Gewerkschaft, sich für **verbesserte Arbeitsbedingungen im neuen Dienstrecht** einzusetzen. Die Streichung der 23. und 24. Stunde und die Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung bei vollem

Lohnausgleich müssen verlangt werden, um die Arbeitsbedingungen für junge Lehrkräfte attraktiver zu machen. Die Fixierung der Mehrheitsfraktion auf die utopische Umsetzung der Wahlmöglichkeit verhindert notwendige Verbesserungen!

Ebenso wenig Unterstützung erhielt die ÖLI-UG bei ihrer Forderung nach Aussetzung und **Überarbeitung der IKM+ Testungen**. Tausende Unterschriften dazu auf unserer Petition bestärken uns, das Anliegen weiterzuverfolgen.

Eine bloße Einrechnung der IKM+ Ergebnisse in die Note bringt keine wesentliche Änderung der Gesamtsituation und befördert eine Kompetenzmessung endgültig in den Rang einer „Teaching-to-the-test“-Überprüfung.

Starke Minderheit, engagierte Beiträge

Trotz unserer Stärke mit 15 Delegierten befinden wir uns als ÖLI-UG in der Minderheitenposition und müssen hinnehmen, dass unsere Anträge überstimmt oder zurückgewiesen werden. Trotzdem gelingt es uns immer wieder, wichtige Themen aufzubringen, kritische Akzente zu setzen und andere Fraktionen von unseren Sichtweisen zu überzeugen, was unsere ÖLI-Delegierten am Landestag bewiesen haben. Unser Dank gilt jedoch auch den Delegierten der FCG und FSG, die offen für angeregte Diskussionen und Austausch waren- das wünschen wir uns auch in den AHS- Gewerkschaftsgremien!

Bericht vom Landestag Steiermark

Am 28. & 29. April 2026 findet der Bundestag in Wien statt, zuvor die Landestage. Die ÖLI bringt eine Reihe von Anträgen ein, aber worum geht's?



Hannes Grünbichler

Supportpersonal und Arbeitszeitstudie

Die Forderung nach multiprofessionellen Teams und einer Arbeitszeitstudie sind ein Dauerbrenner: Die ÖLI-UG fordert schon lange, dass es beim Schlüssel im Bereich des Unterstützungspersonals zu einer Anhebung auf zumindest OECD-Durchschnitt kommt und dass in einer Arbeitszeitstudie erhoben wird, um wie viel sich die Arbeitszeit durch die Gesetzesänderungen seit dem Jahr 2000 erhöht hat. Die Studie *LehrerIn 2000* brachte erschütternde Erkenntnisse, blieb ohne Konsequenz.

Neu-Verhandlung des Gehaltsabschlusses

Der 3-Jahres-Gehaltsabschluss führt zu einem Kaufkraftverlust bis 2029. Genaueres auf oeli-ug.at/was-bringt-der-goed-gehaltsabschluss-fuer-2026-28. Als Unabh. Gewerkschafter:innen in der GÖD waren wir immer gegen das Aufschnüren des Gehaltsabschlusses. Eine kleine Chronologie dazu: ots.at/presseaussendung/OTS_20250909_OTS0133/unabhaengige-gewerkschafterinnen-wiederholen-ihr-nein-zum-aufschnueren-des-gehaltsabschlusses-fuer-den-oeffentlichen-dienst und wir kritisierten auch die parlamentarischen Vorgänge rund um die Gesetzwerdung des Gehaltsabschlusses (Dienstrechtsnovelle) parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/SN/908.

Die ÖLI-UG stellt den Antrag, dass *"die GÖD aufgefordert wird, mit der Bundesregierung erneut Gehaltsverhandlungen für 2027 und 2028 aufzunehmen, falls die Inflationsrate für 2026 über den dem Abschluss zugrunde liegenden Prognosen liegt, um Kaufkraftverluste im öffentlichen Dienst zu begrenzen"* mit der Begründung, dass für 2027 und 2028 Fixbeträge vereinbart wurden, und sich dadurch die Kaufkraftverluste nicht begrenzen lassen.

Der Antrag wurde angenommen und steht beim Bundestag nochmals zur Abstimmung, während der Antrag, dem GÖD-Vorsitzenden das Missfallen rund um die Optik des Gehaltsabschlusses auszudrücken, abgelehnt wurde.

Verbesserung der Zweiten Säule im Pensionssystem

Die ÖLI-UG sorgt sich nicht nur um die realen Arbeitsbedingungen an den Schulen oder um die Nachhaltigkeit der Gehälter, sondern auch um die Höhe der zukünftigen Pensionen der jüngeren Kolleg:innen. Diese könnten von einer zukünftigen Pensionsreform betroffen sein, wenn 2030 der von der BR gesetzlich verankerte Nachhaltigkeitsmechanismus greift (= wahrscheinlich nach den Zahlen des Unabhängigen Budgetdienstes vom 17.2.2026). Deswegen haben wir den Antrag eingebracht:

"Die GÖD möge sich bei den zuständigen Ministerien (BKA, BMF) dafür einsetzen, die Zweite Säule im Pensionssystem für den Öffentlichen Dienst zu attraktivieren. Dafür soll endlich eine Aufstockung des Bundesbeitrags von derzeit 0,75 % der Bemessungsgrundlage in der Bundespensionskasse erwirkt werden. Zudem soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Beiträge der Mitarbeitervorsorgekasse, die der Dienstgeber jeden Monat einzahlt (derzeit 1,53 % des Bruttogehalts), jederzeit freiwillig der Bundespensionskasse übertragen zu können. Die Auszahlung der Zusatzpension soll als steuerfreie Rentenzahlung erfolgen können."

Bei einer künftigen Pensionsreform könnte auch der Aufwertungsfaktor (Aufwertungszahl) betroffen sein und das beeinflusst die Pensionshöhe. Der Antrag wurde dem Landeskongress zugewiesen.

Weiterentwicklung der Bestellungsverfahren im öffentlichen Dienst

In einer Studie weist Laurenz Ennsner-Jedenastik darauf hin, dass die Mitwirkung von Personalvertretung und Gewerkschaft bei Bestellungsverfahren oft parteipolitische Orientierung aufweist, obwohl sie in der Theorie überparteilich sein sollte und er hält auch fest, dass Rotationsprinzipien die Objektivierung in Bestellungsverfahren erhöhen, da Bewerber:innen nicht wiederholt denselben Kommissionsmitgliedern gegenüber sitzen. Die ÖLI-UG muss den Erkenntnissen des renommierten Politikwissenschaftlers folgen (<https://phaidra.univie.ac.at/api/object/o:2129760/preview>) und meint, der Parteilichkeit kann man entgegenwirken, ohne die legitimen Mitwirkungsrechte der Personalvertretung zu beschneiden und stellt den Antrag

"Die Bundesleitung möge an die GÖD herantreten, um die Bestellungsverfahren im Sinne eines Objektivierungsgebotes weiterzuentwickeln. Das Ausschreibungsgesetz soll dafür abgeändert werden, insbesondere §7 Abs. 2 sowie §§14 und 15 Abs. 1. Künftig sollen die Bestellschmittungen ein unabhängiges fünftes Mitglied als ständigen Vorsitz erhalten – z. B. eine pensionierte Richterin bzw. einen pensionierten Richter. Die GÖD und PVO sollen ihre Vertreter und Vertreterinnen nach einem Rotationsprinzip entsprechend der fraktionellen Stärkeverhältnisse entsenden."

Die anderen Fraktionen scheinen weiter auf das bisherige System zu setzen und weisen den Antrag der Landesleitung zu, was so viel bedeutet, dass sie ihn „abräumen“. In Zeiten des Postenschacher-Prozesses rund um Wöginger scheint es nicht opportun, so einen Antrag abzulehnen. Der Bundestag verspricht also ein wenig Spannung.

Offener Brief

OFFENER BRIEF AN DEN VORSITZENDEN DER AHS-GEWERKSCHAFT, HR MAG. HERBERT WEISS

Wien, 9. März 2026

Sehr geehrter Herr Kollege Weiß, lieber Herbert,

kürzlich hast du im Namen der AHS-Gewerkschaft einen offenen Brief an Bildungsminister Christoph Wiederkehr gerichtet. Darin kritisierst du die aktuelle Reformdiskussion als intransparent, bemängelst die fehlende demokratische Einbindung und forderst einen ergebnisoffenen Dialog.

Wer solche Forderungen öffentlichkeitswirksam aufstellt, muss sich jedoch die Frage gefallen lassen, wie er es selbst mit diesen Werten hält. Wer kritisiert, muss erst einmal vor der eigenen Tür kehren.

Demokratie und Transparenz nach innen? Fehlanzeige.

Du beklagst, dass die Gewerkschaft im Vorfeld nicht eingebunden wurde. Gleichzeitig versendest du einen offenen Brief im Namen der AHS-Gewerkschaft, ohne die AHS-Bundesleitung – das oberste Gremium unserer Gewerkschaft – auch nur vorab zu informieren, geschweige denn den Inhalt dort zu diskutieren. Ist das die demokratische Vorgangsweise, die du vom Ministerium einforderst?

Ebenso befremdlich wirkt es, wenn die Aussendung dieses Briefes an die Gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse (GBAs) über eine E-Mail-Adresse mit der Endung @oepu.at erfolgt. Da stellt sich unweigerlich die Frage: Ist dies tatsächlich ein Schreiben der überfraktionellen AHS-Gewerkschaft, oder lesen wir hier in Wahrheit eine rein fraktionelle Aussendung der ÖPU? Transparenz sieht anders aus.

Das Bild unserer Interessensvertretung

Es wirft kein gutes Licht auf unsere Interessenvertretung, wenn sich der Vorsitzende der AHS-Gewerkschaft in den Medien stolz als Blockierer präsentiert. Zur Glaubwürdigkeitskrise trägt auch bei, wenn GÖD-Vorsitzender Eckehard Quin Videos des vor Gericht stehenden Klubobmanns August Wöginger teilt, in denen dieser weinerlich erklärt, wie schwierig und missverständlich die politische Bürgernähe sei.

Echte Mitbestimmung statt reiner Blockadehaltung

Du bezeichnest den Reformprozess als dialogarm. Aber ist es wirklich intransparent, wenn das Ministerium Lehrpersonen und Bürger:innen direkt befragt? Wir empfinden diese Art der Einbindung als erfrischend neu. Natürlich darf die Personalvertretung dabei nicht ausgehebelt werden. Wenn wir jedoch unsere Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit zeigen, statt reflexartig abzublocken, wird es genug Möglichkeiten geben, wichtige bildungspolitische Akzente zu setzen.

Zur inhaltlichen Debatte

In einem Punkt stimmen wir dir zu: Es liegen aktuell zu wenig Informationen vor, um die ministeriellen Pläne abschließend zu bewerten. Wir brauchen eine qualitätsvolle Debatte darüber, was konkret geplant ist. Wir müssen darüber diskutieren, welche Schwerpunkte unsere Schüler:innen für die Zukunft brauchen.

Anstatt das Gerücht zu streuen, das Gymnasium sei in Gefahr, wäre es an der Zeit, konstruktive Lösungen zu präsentieren. Als Interessenvertretung müssen wir Teil der Lösung sein, nicht nur Bewahrer des Status quo.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen

Uschi Göttl, Astrid Schuchter, Markus Grass, Bernhard Hofmann

**Ein Beitritt, der sich auszahlt.
Unabhängige Bildungsgewerkschaft**

Rechtsschutz | Beratung | Service ab dem 1. Beitrittstag
www.dieubg.at



Das Richtige richtig tun oder: Gemeinsam entscheiden, was wichtig ist und was weggelassen werden kann.

Ein Bericht vom Bundeslehrer:innen-Tag der ÖLI-UG am 26. 02.2026 im Neuen Rathaus in Linz mit Prof. Dr. Stephan Gerhard Huber

Ambros Gruber



Nach einer eloquenten Vorstellung der Teachers For Future (www.teachersforfuture.at) durch Mag. Florian Kaltseis, MSc (BG/BRG Ramsauerstraße) und einer kurzen Pause kam Hauptreferent Prof. Dr. Stephan Gerhard Huber vor rund 200 Lehrer:innen zu Wort.

Der Bildungswissenschaftler, der an der JKU (Linz), in Deutschland (vor allem in Berlin) und in der Zentralschweiz tätig ist, schärfte unsere Wahrnehmung dafür, was in der Schule wirklich wichtig ist (<https://bildungsmanagement.net/team/prof-dr-stephan-gerhard-huber/>).

Zunächst einmal sind Qualität und Wirksamkeit bedeutsam, das heißt, unser Verhalten in der Schule und das Nutzen der Kompetenzen von uns allen, den einzelnen Lehrer:innen, in Kooperation.

Wenn die Schüler:innen im Zentrum des Interesses und der Bemühungen stehen, dann wird es notwendig sein, die Ebene des Bewahrens (B) und des Optimierens (O) durch diejenige des Innovierens (I) und des Sistierens (S), also des Weglassens zu ergänzen [= BIO+S].

Kooperativ, als Team mit einem gemeinsam verfolgten Ziel, sollen so viele kleine Schritte ins Neuland gewagt werden, ab und zu auch große Sprünge. Auch und gerade bei Ressourcenknappheit. Und ebenso bei Anforderungen, die immer höher werden – denken wir nur an die explosionsartige Zunahme des Digitalen und die daraus



Prof. Stephan Gerhard Huber beim Vortrag zur Frage, was in der Schule wirklich wichtig ist



Gary Fuchsbauer begrüßt die Teilnehmer:innen beim BLT in Linz

entstehenden Neuerungsnotwendigkeiten bei Testformaten.

Es gibt Schulen, in denen Innovationen und große Sprünge möglich sind – sie sind „Musterbrecher:innen“, sie sind „Mutmacher:innen“. Sie schauen, wo neue Wege möglich sind und eruieren, wo sie sich verzetteln. Dabei dürfen Ziele nicht mit Maßnahmen verwechselt werden – ein Fehler, der uns, so Prof. Huber, immer wieder unterläuft. Ein Beispiel: Gegenseitige Unterrichtsbesuche von Lehrer:innen sind eine Maßnahme, kein Ziel. Wenn diese

Besuche ohne klar definiertes Ziel stattfinden, sind sie eine Zeitverschwendung. Wichtig beim Innovieren sind gute Schulleiter:innen, die kooperativ mit allen Lehrer:innen und an der Bildung der Schüler:innen Beteiligten die beste „Next Practice“ für alle Lernenden, die derzeit an der Schule sind, anstreben. Weisungen werden nicht zum Ziel führen, Wettbewerb ebenfalls nicht. Der einzige Weg, auf dem man dieses Ziel erreicht, ist laut Prof. Stephan Gerhard Huber derjenige der Kooperation.

Dazu ist es unabdingbar, darüber zu reden, was wir nicht (mehr) oder nur mehr oberflächlich machen, damit für das Richtige und Wichtige genügend Zeit und Energie bleiben.

Was brauchen wir also, um gute, qualitätsvolle Schulen zu erreichen?

Wir brauchen Ziele, Kompetenzen, Motivation, Vertrauen (in und durch integriertes Handeln) und Achtsamkeit. Dann können wir es schaffen, den Ansprüchen aller Schüler:innen gerecht zu werden – gemeinsam, bewusst, abgestimmt, transparent und partizipativ.



Website der Arbeitsgruppe
Bildungsmanagement

Mit Kolleg:innen im Gespräch

Was, wenn das Schrecklichste passiert?

Astrid Schuchter



Im Frühsommer 2025 kam im Bezirk Imst/Tirol eine 11-jährige Schülerin beim dislozierten Sportunterricht ums Leben. Der Fall erschütterte Österreich und Pädagog:innen waren mit der im Alltag meist verdrängten Frage konfrontiert: Wie geht es weiter, wenn das Schlimmste passiert und ein Kind in meiner Obhut stirbt? Die betroffene Lehrerin Dagmar Wetzel spricht im Interview mit dem **kreidekreis** über ein Tabuthema, um mehr Unterstützung für Pädagog:innen zu erwirken.

Frau Wetzel, wie ist es Ihnen nach dem schrecklichen Unfall ergangen?

Ich habe mich in einer absolut, für mich vorher nur schwer vorstellbaren, emotionalen Ausnahmesituation befunden, geplagt von Angstzuständen, schlaflosen Nächten, Atemnot und psychosomatischen Schmerzen, die ich zuvor in meinem Leben nicht ansatzweise gekannt hatte. Die extreme Belastung spiegelte sich sowohl beruflich als auch privat wider. Ich bin im wahrsten Sinne des Wortes durch die Hölle gegangen. Niemand im Kollegium kann und will sich dieses Horrorszenerario überhaupt vorstellen. Wir arbeiten mit Kindern und haben eine Beziehung zu ihnen. Gerade als Sportlehrer:in verbringt man in Sportblöcken mehr Zeit gemeinsam und lernt die Schüler:innen intensiver kennen.

Trotz allem hatte ich großes Glück: mit meiner Familie, meinen Freunden, der Schulleitung, meinem Kollegium und den Eltern meiner verunglückten Schülerin, die mir keinerlei Vorwürfe machten. Es gab auch keine juristischen oder disziplinarischen Folgen. Doch eine Schülerin auf diese tragische Art und Weise zu verlieren ist und bleibt die schmerzhafteste Erfahrung im Leben einer Lehrperson.

Welche Maßnahmen, die gesetzt wurden, waren unterstützend für Sie?

Da wäre als Erstes das Kriseninterventionsteam zu nennen. Es hat uns in der Schule aufgefangen und begleitet. Außerdem waren sofort nach dem Unfall die Schulleitung, einige Lehrpersonen sowie auch einige Eltern meiner Schülerinnen unterstützend vor Ort. Sowohl nach dem Unglück als auch nach dem Tod unserer Schülerin einige Tage später war ein schulpsychologisches Team an der Schule, was enorm wichtig für die gesamte Schulgemeinschaft war.

In welchen Bereichen waren Sie allein gelassen?

Ich habe mich im Stich gelassen gefühlt, als ich meine Stellungnahme für die Bildungsdirektion verfassen muss-



te. Mich unmittelbar danach mit dieser schrecklichen Tragödie im Detail auseinanderzusetzen, erschien mir fast unmöglich. Ein Schreiben zu verfassen, das juristisch geprüft und disziplinarische Konsequenzen haben könnte, überforderte mich völlig. Zum Glück erfuhr ich Hilfe seitens meines früheren Arbeitgebers, einer Rechtsanwaltskanzlei in Innsbruck.

Zu meiner tiefen Enttäuschung erhielt ich niemals eine Rückmeldung auf meine Stellungnahme von der Bildungsdirektion, weder ein simples

„Eingelangt“ und schon gar nicht eine Information über die weitere Vorgehensweise.

Da die Staatsanwaltschaft nach einem derartigen Todesfall ermittelt, musste ich den Unfallhergang auch bei der Polizei zu Protokoll geben. Auch hier gab ich meine mit der Rechtsanwaltskanzlei ausgearbeitete Stellungnahme ab, damit die Darstellung genau meiner Wahrnehmung und meinen Worten entspricht. Anwaltliche Expertise war mir wichtig, aber es gab keinerlei rechtliche Unterstützung vom Dienstgeber.

Auch psychologische Hilfe wurde mir seitens der Bildungsdirektion nicht angeboten. Dabei wäre eine psychologische Begleitung für pädagogische Kräfte in einer Extremsituation essentiell. Nur von der Gewerkschaft habe ich einen finanziellen Betrag als Unterstützung erhalten.

Was wünschen Sie sich von der Bildungsdirektion und wie könnten Maßnahmen aussehen?

In erster Linie, dass Lehrpersonen und alle im pädagogischen Dienst als Menschen wahrgenommen werden. Auch wenn es die Aufgabe des Dienstgebers ist, juristische und disziplinarische Aufarbeitung zu betreiben, darf der menschliche Aspekt nicht vergessen werden. Als Landesbedienstete in Tirol hätte ich mir einen Dienstgeber gewünscht, der für mich dagewesen wäre und mich bei der Aufarbeitung unterstützt hätte.

Ein komplettes Krisenteam sollte Lehrpersonen in Extremsituationen begleiten. Einerseits in Form einer juristischen Beratung, denn den wenigsten Betroffenen ist bewusst, was eventuell auf sie zukommt: eine Suspendierung, vielleicht ein aufwändiges Gerichtsverfahren. Andererseits wird psychologische Unterstützung benötigt, um die traumatischen Erfahrungen

aufarbeiten zu können und wieder in den Schulbetrieb einsteigen zu können. Außerdem sollte es in jeder Schule eine „Notfallfibel“ in der Krisenmappe geben, die Betroffenen sofort zur Verfügung steht und über Maßnahmen und Vorgangsweisen informiert.

Was empfehlen Sie Kolleg:innen, die in solche Ausnahmesituationen geraten?

Man sollte sofort psychologische Hilfe in Anspruch nehmen und den Alltag so positiv wie möglich gestalten. Was mir sehr geholfen hat, war der offene Umgang mit der Tragödie. Von einem Moment auf den anderen kann alles anders sein, wir sollten uns als Pädagog:innen darüber im Klaren sein, aber dieses Wissen darf nicht dazu führen, dass wir aus Angst nichts mehr mit den Kindern unternehmen. Auf jeden Fall empfehle ich allen, eine Rechtschutzversicherung abzuschließen.

Welche Erfahrung haben Sie mit Medien gemacht?

Die immer wiederkehrenden medialen Berichterstattungen habe ich als sehr belastend empfunden. Kommentare und Folgekommentare, die von völlig Unwissenden abgegeben werden, führen zu Vorverurteilung und massiven Kränkungen. Erst durch das bewusste Ausschalten der Medien konnte ich mich auf das Wichtigste konzentrieren und das waren in dieser schweren Zeit meine Schülerinnen und deren Eltern.

Weshalb haben Sie sich trotzdem zum Gang in die Öffentlichkeit entschlossen?

Es soll keine pädagogisch tätige Person in Österreich, die in eine solche Ausnahmesituation gerät, allein gelassen werden. Da ich diese schmerzhaften Erfahrungen gemacht habe, kann ich aufzeigen, wie Krisensituationen im Schulbereich mit Unterstützung des

Dienstgebers bewältigt werden können und habe mich deshalb zu einem offenen Umgang entschlossen.

Sie suchen Interviewpartner:innen für Ihre Masterarbeit?

Ja, um ein Bewusstsein bei bildungspolitisch Verantwortlichen zu schaffen, widme ich meine Masterarbeit an der Pädagogischen Hochschule diesem Thema. Dazu benötige ich Interviewpartner:innen (in anonymer Form), die ebenso schwerwiegende Erlebnisse und Situationen während der Ausübung ihres Berufes durchgemacht haben.

Interessierte können mich unter (d.wetzel@tsn.at) kontaktieren.

Vielen Dank für das Gespräch!

Rückmeldungen zum Interview gerne auch unter schuchter@oeli-ug.at.

Suspendierung von Landeslehrer:innen

Christoph Mauracher, ZA-APS Tirol



Eine Landeslehrperson kann nach dem **Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz (LDG 1984)** vorläufig oder endgültig suspendiert werden. Eine Suspendierung bedeutet, dass die Lehrperson vorübergehend vom Unterrichts- oder Dienstbetrieb ausgeschlossen wird, während ein Disziplinarverfahren geprüft wird. Gründe für eine Suspendierung können zum Beispiel schwere Dienstpflichtverletzungen sein, die das Ansehen des Dienstes gefährden, oder wenn über die Lehrperson Untersuchungshaft verhängt wird bzw. eine rechtswirksame Anklage vorliegt.

Während einer Suspendierung wird der Monatsbezug auf **zwei Drittel gekürzt**, sobald die Suspendierung offiziell verfügt wurde. Die Suspendierung ist eine ernsthafte Maßnahme, die nicht nur finanzielle Folgen hat, sondern auch die berufliche Zukunft und den Ruf der betroffenen Lehrperson beeinflussen kann. Ein Disziplinarverfahren kann auch zu weiteren Sanktionen bis hin zur Entlassung führen, je nach Schwere des Vergehens.

Dienstpflichtverletzungen von Vertragslehrpersonen (**VBG - Vertragsbedienstetengesetz**) führen im Gegensatz zu Beamten nicht zu Disziplinarverfahren, sondern zu arbeitsrechtlichen Konsequenzen wie Ermahnung, Kündigung oder Entlassung

Wenn eine Lehrperson davon betroffen ist, kann das arbeits- und dienstrechtlich kompliziert werden. Eine **Rechtsschutzversicherung**, zum Beispiel die ÖLI-Tirol RS-Versicherung (<https://www.oeli-ug-tirol.at/versicherung>) oder der Beitritt zur Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) bietet hier Vorteile: Gewerkschaften beraten, vertreten vor Behörden und Gerichten und unterstützen bei Disziplinarverfahren oder arbeitsrechtlichen Streitigkeiten ohne eigenes Kostenrisiko.

Gehaltsabschluss & PV-Zulagen

Mauschelei in Rakete

Andi Chvatal



Die „Zulagen-Affäre“ ereignete sich im Jänner dieses Jahres und wird schon bald in Vergessenheit geraten sein. Einige Aspekte der diesbezüglichen öffentlichen Diskussion sind es aber wert, noch einmal erwähnt zu werden.

Offensichtlich hat sich das Verhandlungsteam der GÖD bei den Verhandlungen im vergangenen Herbst seine Zustimmung zu dem grottenschlechten Gehaltsabschluss für alle öffentlich Bediensteten mit einem „Goodie“ abkaufen lassen. Die Zulagen der freigestellten Personalvertreter:innen wurden gesetzlich fixiert, anstatt wie bisher per Erlass geregelt.

Dies hatte - zu Recht - ein Hochgehen der Wogen zur Folge. Das Gesetz, mit dem die Zulagen jetzt geregelt sind, hätte nicht im Geheimen verhandelt werden dürfen! Dass es auch noch - ganz zufällig natürlich - in Einem mit dem Gehaltsabschluss im Parlament abgestimmt wurde, war - wieder zu Recht - Gegenstand harscher Kritik.

Persilschein für das Münzen politischen Kleingelds

Es stellte sich heraus, dass Abgeordnete für das Gesetz gestimmt hatten, obwohl sie dessen Inhalt nicht genau kannten. Statt jedoch gebührende Betretenheit zu zeigen, versuchten manche von ihnen, ihre Inkompetenz in politisches Kleingeld umzumünzen. Sie verunglimpften freigestellte Personalvertreter:innen in Bausch und Bogen als Privilegienritter:innen in Diensten einer ausschließlich auf das Eigenwohl bedachten Gewerkschaft.

Bei sprang ihnen der Aufklärungsjournalismus. In einem allemal lesenswerten Artikel wurde das Versagen der Abgeordneten akribisch und chronologisch mit einem Persilschein

versehen. Nur 43 statt der ursprünglich vorgesehenen 48 Stunden seien zum Gesetzesstudium zur Verfügung gestanden. Sie verstrichen ungenützt. Dass eine Zustimmung in Unkenntnis der betreffenden Gesetzesvorlage einigermaßen problematisch ist, war nicht Gegenstand der Aufklärung, die an diesem Punkt im Vakuum des Alls Zuflucht nahm.

Sie befasste sich intensiv mit dem Flug einer sogenannten „Trägerrakete“ durch das Hohe Haus. Diese wurde am 19. November gezündet und beförderte einen unfertigen(!) Gesetzesentwurf zunächst in den Verfassungsausschuss, wo der Entwurf nicht behandelt wurde, wahrscheinlich deshalb, weil er nicht fertig war.

Dann verlor sich die Spur der Rakete, bis sie am 10. Dezember um 13.38 bei allen Abgeordneten auftauchte. Zu diesem Zeitpunkt war der Gesetzesentwurf zwar immer noch nicht fertig, enthielt aber bereits die ach so infame Zulagenregelung. Am Abend des 11. Dezember wurde der Entwurf nochmals geändert. Tags darauf wird er mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, NEOS und Grünen angenommen, was bedeutet, dass all jene Abgeordneten mit dem beschriebenen Ablauf einverstanden waren.

Natürlich sind geheime Deals abzulehnen. Durch die Praxis der Trägerrakete werden sie begünstigt. Es liegt in der Verantwortung aller Abgeordneten, ihr freies Mandat zu nutzen, um beides hintanzuhalten.

Dass die Gewerkschaft als Geschädigte hervorgeht, ist aus meiner Sicht bedauerlich, aber verständlich. Dass alle freigestellten Personalvertreter:innen, die ihr Mandat seriös und engagiert wahrnehmen, in ein schlechtes Licht gerückt sind bzw. werden, ist einfach nur gemein.

Um nicht missverstanden zu werden: Die Recherche als Grundlage für die Beschreibung dieser Vorgänge ist meiner Meinung nach aller Ehren wert. Der Persilschein nicht.

Trägerrakete est omen!

Eine reale Trägerrakete ist sehr hoch und zur Gänze mit Raketentreibstoff gefüllt. Dieser verbrennt auf dem Flug mit beträchtlichem Getöse, um die Nutzlast der Rakete die Erdanziehung überwinden zu lassen. Danach stürzen ihre Teile entweder zur Erde zurück oder verbleiben als Weltraummüll im Orbit. Ihr parlamentarisches Gegenstück zeichnet sich in erster Linie durch eine gewisse Klammheimlichkeit aus, was die Analogie erheblich entwertet.

Auch dass sie wieder befüllbar ist, stellt einen gravierenden Unterschied dar. Als Treibstoff dient ihr der Clubzwang, mittels dessen Gesetze in Gültigkeit gewuchtet werden. Es ist nicht erforderlich, dass alle Abgeordneten eine Gesetzesvorlage genau kennen. Sie folgen bei der Abstimmung der Anweisung ihrer Partei. Besondere parlamentarische Sorgfalt stelle ich mir anders vor.

Fußnote: Der Persilschein aus der Wochenzeitung Falter hier zum Nachlesen:
<https://www.falter.at/mail/20260128/der-hinterhaeltige-antrag>



Julia Dorninger

www.juliadorninger.com

Atelier im WEST/ OWA,
Otto Wagner Areal,
Baumgartner Höhe 1, A-1140 Wien

geb. 1973

lebt und arbeitet in Wien

Artist Statement

In meiner künstlerischen Praxis beschäftige ich mich mit Orten, Landschaften und Archiven, in denen sich Krieg und Ausgrenzung eingeschrieben haben und untersuche die resonanten Beziehungen zwischen Körper, Raum, Geschichte und Erinnerung. Im Zentrum stehen das Aufspüren, Befragen und Sichtbarmachen unsichtbarer Topografien der Gewalt im Kontext von Trauma und Verdrängung.

So interessiert mich vor allem das, was nicht gezeigt oder nicht erzählt wurde, das Verschobene, Fragmenthafte und Fehlende. Ich stütze mich auf den Begriff des situierten Wissens von Donna Haraway, der betont, dass Wissen immer an spezifische Kontexte, Körper und Perspektiven gebunden ist und niemals universell oder abschließend sein kann. In meinen künstlerischen Prozessen verknüpfe ich performative, körperlich-situierte Erfahrung mit archivarischer und historischer Recherche, um die Spannung zwischen Faktizität und subjektiver Wahrnehmung produktiv zu machen. Dabei geht es auch um die Erforschung von Ambiguität in der individuellen und kollektiven Erinnerung.

1. *Assessing my own worth*, 2023

Aquarell, Tusche, Graftit auf Papier
100 x 150 cm

2. *Aus der Serie Archiv der Erinnerungen: Krähen*, 2025

Aquarell auf Papier
je 60 x 80 cm

3. *Zuschreibung*, 2025 (Ausschnitt)

Fotografie auf Fine Art Papier, C-Print,
Holz, Gummi, Sound, Dimensionen
variabel

Alle Fotos © Julia Dorninger,
Bildrecht Wien



1



2



3

Lehrer:innen als Eltern

Vielen Dank für euren Artikel zum Thema Eltern werden! Was mir allerdings fehlt: Ein feuriges Plädoyer für die Elternrechte und gegen ein schlechtes Gewissen, das Lehrerinnen und Lehrern als Eltern manchmal gemacht wird! Erstens entspricht es – wie der Artikel ja gut herausarbeitet! – der Rechtslage und ist kein „Extra-Zucker!“! Zweitens gehen die wesentlichen Erleichterungen eh nur bis zum 8. Geburtstag und drittens sollte Schule ja als „Lebensschule“ auch ein modernes Gesellschaftsbild vorleben - z.B. mit gleichberechtigter Väterbeteiligung in der Elternzeit!

Einrechnung der Supplierungen in die MDL

Gedanken eines (leicht bis mittel frustrierten) Kollegen in Sachen Supplierungen als Anregung zur Weiterleitung an die GÖD und Wunsch für die Dienstrechtsverhandlungen: Einrechnung der Supplierstunden in die MDL-Abrechnung!

Begründung: Die „gratis Supplierungen“ sind leider (immer wieder!) sehr ungleichmäßig im Kollegenkreis verteilt. Spricht man das gegenüber der Schulleitung an, wird (nicht mit direkten Worten, aber zwischen den Zeilen...) gedroht, dass „alle Kollegen schlechte Stundenpläne“ kriegen werden. Es gibt Kolleg:innen mit traumhaften und Kolleg:innen mit etwas weniger traumhaften Stundenplänen. Letztere haben einerseits den Nachteil, durch die Löcher oder den späteren Unterrichtsbeginn als Supplierreserve erhalten zu dürfen. Die Kolleg:innen mit den beneidenswerten Stundenplänen supplieren im Vergleich dazu sehr wenige Stunden. Andererseits ist die finanzielle Abgeltung dieser Supplierstunden mehr als bescheiden.

Durch die Einrechnung der Supplierstunden in die MDLs sollen die Vielsupplierer:innen zumindest finanziell profitieren, wenn sie schon nicht die eigentliche freie Zeit „nutzen“ können.

Widerstand gegen Gehaltsabschluss – Teil 1

Zur auf Juli verschobenen Gehaltserhöhung und den erst im August 2027 und September 2028 erfolgenden Erhöhungen (Achtung, Ironie!) unter der jeweiligen „rollierenden“ Inflation: diese sollten NIE OHNE „Widerstand“ durchgehen! Die Liste der Möglichkeiten, das hiesige Budget einnahmenseitig von den Reichen zu sanieren, will ich hier nicht listen. Es sind jedenfalls unzählige! Aber es sind halt die „Schwoazzen“ an Bord. Und die sollten einmal „klein beigegeben“ müssen. Der Schutzschirm für die „High Society“ ist schon zu lange aufgespannt.

Widerstand gegen Gehaltsabschluss – Teil 2

Ich bin wie viele andere sehr wütend über das Vorgehen beim Gehaltsabschluss. Da ich als AHS-Lehrer mittlerweile ein bisschen die Hoffnung verloren hab, dass sich in dem Bereich etwas in den Gremien ändern wird und ich die machthabende Fraktion und die Personen nicht mehr mit meinen Zahlungen unterstützen will, überlege ich ernsthaft einen Austritt aus der Gewerkschaft. Wie viele andere hält mich der angepriesene Rechtsschutz. Ob man ihn je braucht, weiß man nie - aber es ist beruhigend, ihn im Hinterkopf zu haben.

Ablehnung des Kopftuchverbots

Ich bin Lehrerin in Wien und bin nun mit dem Kopftuchverbot für Mädchen in der Schule konfrontiert. Können wir eine Veranstaltung organisieren, wo wir als Lehrer:innen besprechen können, wie wir nun vorgehen und ob wir uns strafbar machen, wenn wir es nicht umsetzen?

Wünsche aus der Volksschule ans Bildungsministerium

Lieber Herr Wiederkehr!

Es tut mir leid, aber eine wirkliche Entlastung ist das doch nicht!

Wir brauchen:

- Mehr Personal (PsychologInnen Sozi-

alarbeiterinnen vor Ort)

- Kleinere Klassen! In der VS dürfen nicht mehr als 16 Kinder in einer Klasse sitzen, um den Kindern mit ihren heutigen Bedürfnissen nur irgendwie gerecht werden zu können!
- Weniger Schulentwicklung- wozu muss sich jede Volksschule individuell entwickeln, die Aufgabenstellung ist ja zumindest in der VS klar!
- iKM Testungen - wozu, mit derart unsinnigen Aufgabenstellungen - deren Ergebnisse diverse Direktorinnen zum Drangsalieren von Kolleginnen hernehmen!
- Herausnahme der Hierarchie - Schulleiterinnen auf Zeit bzw. Leitungsteams, die sich abwechseln und ein Ende der Weisungsgebundenheit! Wenn Autonomie bedeutet, den Direktorinnen noch mehr Macht zu geben, dann vertrauen Sie den falschen Personen!
- Hätte gerne Transparenz z.B. bezüglich der Aufzeichnungen der Förderstunden... niemand kontrolliert wirklich die Direktorinnen!
- Wieder muss jede Schule ein Kinderschutzkonzept etc. machen, wir sind keine Schulentwickler:innen! Geben Sie uns Zeit, zum Vor- und Nacharbeiten!
- Machen Sie die „Nebengegenstände“ wieder zu wichtigen Fächern:

Es gibt Klassen in denen weder geturnt, gesungen, gezeichnet noch gemalt wird... weil wir auf Schularbeiten hinlernen, ikms durchführen oder die Klassen so schwierig zu führen sind, dass man kaum Disziplin hineinbringt.

Wir brauchen kreative Fächer, um die Persönlichkeiten der Kinder zu entwickeln, ihr Wesen zu fördern! Eine Schule mit echtem Freiraum! Eine ehrliche Entlastung der (Klassen-)Lehrerinnen sieht anders aus!



Gedanken zum Kopftuchverbot

Claudia Astner



Wir schützen jetzt also die Kinder, indem Lehrpersonen sie bei Missachtung unverzüglich und ohne Ermessensspielraum an unsere Vorgesetzten melden. Auch Lehrpersonen müssen spüren, sonst gibt es dienstrechtliche Konsequenzen.

Bin ich allein mit dem Wort „Sittenwächter:in“, das sich da hinterhältig in mein Hirn schleicht?

Bin ich die Einzige, die beim Ton der Erläuterungen für Lehrpersonen eine Gänsehaut bekommt?

Bin ich – weil ja eine Frau – „hysterisch“, wenn ich dabei unwillkürlich an Sitten und Gebräuche längst vergangener Tage denke?

Und wer wird durch diese dienstlichen Vorgaben wovon geschützt? Schützen wir so kleine Mädchen vor einem unglaublich gefährlichen Stück Stoff? Ist es nicht naheliegend, dabei an rassistische, patriarchalische und frauenfeindliche Täter-Opfer-Umkehr zu denken?

Schämt sich denn außer mir niemand, dass die Angst vor einer gewissen Gruppe Männer – oft mit langen Bärten aber durchaus auch glatt rasiert – so weit geht, dass der Staat kleine Mädchen in für sie demütigende, beschämende Situationen bringt und sie als „Täterinnen“ stigmatisiert?

Über welche Art von Demokratiebildung sprechen wir, wenn alles, was

uns zum Thema Gleichberechtigung und Feminismus einfällt, die Androhung von Strafen und der Aufruf zur Vernaderung ist, ausgetragen auf den Rücken der Allerschwächsten, den Rücken von ausschließlich muslimischen Mädchen unter 14 Jahren?

Sind die, mit denen wir uns eigentlich beschäftigen sollten, nicht Männer, egal welcher Religion, die Gewalt und Unterdrückung von Frauen immer noch tagtäglich auf der ganzen Welt legitimieren?

Das Tragen des Kopftuchs gehört gewiss zu den kleinsten Problemen, mit denen wir uns im Bildungssystem Österreichs im Jahr 2026 beschäftigen sollten!

Buchrezension

Mirjam Zadoff: „Wie wir überwintern. Den Lebensmut durch die harten Zeiten retten“

(Hanser 2025)

Ambros Gruber



Geht es Ihnen auch so? Sie stehen in der Früh auf – im Winter ist es noch stockdunkel, doch bei der ersten Tasse Kaffee schöpfen Sie Lebensmut und Motivation für den Tag. Und dann hören Sie die Nachrichten im Radio – Motivation und Lebensmut sind mit einem Schlag wie weggeblasen. Genau um dieses Gefühl geht es – auch – im wunderbaren Buch von Mirjam Zadoff, das sie offenbar im letzten Sommerurlaub verfasst hat.

Die in Innsbruck geborene Historikerin, von 2014 bis 2019 Professorin für Geschichte und Jüdische Studien an der Indiana University in Bloomington (USA) und seit 2018 Direktorin des NS-Dokumentationszentrums in München, kennt sich aus mit Entmutigungssituationen – auch und gerade ihres Berufes wegen. Und sie hat Resilienzmechanismen entwickelt, die sie selbst zum „Überwintern“ einsetzt.

Praktiken, die sie auch uns ans Herz legt, um nicht einsam zu verzweifeln.

Wichtig ist die Solidarisierung, und diese Solidarisierung braucht Gemeinschaft. Gemeinschaft muss aufgebaut und gepflegt werden – durch Altruismus, durch gemeinsames Feiern, durch Abstinenz von den Bildschirmen, durch Solidarität mit den Schwächeren, durch Bewegung im Freien, durch das Lesen von Büchern und das darüber Schreiben und vor allem Sprechen.

Ja, es gibt im Leben Momente, in denen uns der Lebensmut sinken mag – wir dürfen uns aber auf unsere Mitmenschen verlassen, die uns dabei helfen, ihn wieder zu finden. Das habe ich mir als Botschaft aus diesem Buch mitgenommen.



Binsenweisheiten, werden die einen sagen. Notwendige Aufmunterung zum Durchhalten in finsterner werdenden Zeiten, die anderen. Wer sich selbst ein Bild machen will: Bitte dieses Buch lesen!

Ambros Gruber ist Lehrer an der HAK HLW Kirchdorf an der Krems

Kennst du deine Rechte?

Zunächst referiert eine Expert:in, anschließend besteht die Möglichkeit für Fragen & Diskussion.

Beginn jeweils um 18:00 Uhr

Mittwoch, 18. März 2026: Steuererklärung

Was ist bei der Steuererklärung zu beachten und welche Ausgaben kann ich geltend machen?

Montag, 27. April 2026: SGA & Schulforum

Alles Wissenswerte zum Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) und zum Schulforum – mit diesen ist im Mai nicht nur über Gruppen- und Klassengrößen zu verhandeln

Mittwoch, 20. Mai 2026: Eltern werden

Alle Antworten zu Fragen rund um Mutterschutz, Elternkarenz und Wiedereinstieg in den Beruf

Dienstag, 02. Juni 2026: Krankheit & Pflege

Alle Antworten zu Fragen rund um Krankenstand, Pflege-/Sonderurlaub und die Wiedereingliederungsteilzeit

ÖLI – Café online

Besprochen werden die Anliegen und Fragen der jeweils Anwesenden. Bitte bei der Anmeldung gleich das Anliegen schildern!

Donnerstag, 09. April 2026 – 19:30 Uhr

Donnerstag, 07. Mai 2026 – 19:30 Uhr

Donnerstag, 11. Juni 2026 – 19:30 Uhr

Wenn du eine Frage hast, schreib uns bitte ein Mail an oeli-cafe@oeli-ug.at



Anmeldung zu allen
Veranstaltungen auf unserer [Website](http://www.oeliug.at)



Impressum: Eigentümer, Herausgeber und Verleger: ÖLI-UG, Österreichische Lehrer:innen-Initiative – Unabhängige Gewerkschafter:innen für mehr Demokratie, 1010 Wien, Teinfaltstraße 8, 4. Stock/TMF, vorsitzendenteam@oeli-ug.at, Tel. 0680 2124 358.

Druck: gutenbergs.at, Linz. Redaktionsleitung: Bernhard Hofmann und Markus Grass, chefredaktion@oeli-ug.at Redakteur:innen: Hannes Grünbichler, Lukas Matha, Susanne Roithinger, Astrid Schuchter, Stefan Wunderl und die Autor:innen. Layout und Satz: Georg Vith. Fotos und Illustrationen: ÖLI-UG, wenn nicht anders angegeben.

kreidekreis ist das Informations- und Diskussionsorgan der ÖLI-UG, wir finanzieren uns durch die Leser:innen. Ein kreidekreis-Jahresabo kostet 7,- Euro – Bankverbindung: IBAN: AT 30 2081 5000 4576 6136, lautend auf Österr. LehrerInnen Initiative. Papieraufgabe: 12.000. Nächster Redaktionsschluss: 12. Mai 2026



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt
stammt aus
nachhaltig
bewirtschafteten
Wäldern und
kontrollierten
Quellen
www.pefc.at



KREIDEKREIS 01|2026

Österreichische Post AG
MZ 02Z030917 M

ÖLI-UG
Teinfaltstraße 9, 4. Stock/TMF, 1010 Wien

ÖLI ZVR-Zahl | 125480687
DVR | 0581518

An: